wir mehr produzieren, und das wieder setzt voraus, daß wir mehr arbeiten als bisher. Arbeiter muß m. E. die Ausfuhr nach jeder Richtung hin von seiten der Regierung erleichtert und gefördert werden, anstatt sie durch hohe Abgabe zu behindern und schließlich unmöglich zu machen.

Eingreifen muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Macht in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar. Aber wir müssen den Kampf einmal durchfechten, und je eher es geschieht, um so mehr können wir noch retten. Es handelt sich jetzt um Sein oder Nichtsein. Die Masse des Volkes muß — notfalls gegen ihren eigenen heftigen Widerstand — vor dem vollständigen Ruin geschützt werden.

An Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, richte ich den ergebenen Appell, ich an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen, damit mir unser Volk und Vaterland vor dem Untergang bewahren. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Mit aller Hochachtung

Ihr sehr ergebener August Thyssen.

Die Parole lautet eben: hinab in die Sklaverei. Und für den Fortbestand des Kapitals gibt es keinen anderen Ausweg. Man lasse sich nicht täuschen. Die Gewerkschaften können bei Strafe ihres eigenen Unterganges ebenfalls nichts anderes wollen, und die Proletarier, die dies noch nicht glauben, sie können sich auf eine „Befreiung" gefaßt machen, ob sie wollen oder nicht.

Das Kapital und seine Trabanten verhehlen ihr Vorhaben, die blutige Niedermetzelung des Proletariats, nicht, sie spielen mit offenen Karten, und der einzige Ausweg für das Proletariat, den Spieß umzudrehen. Daß es kein Kompromiß, keine frommen Wünsche mehr geben kann, dafür wird der Kapitalismus selbst sorgen.

Gemeinschaft

Wenn eine starke Selbstbewußtseinsentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse zu einer segensreichen Auswirkung gelangen soll, so muß sie notwendigerweise in den Aufbau einer kleinlichen Gemeinschaft münden. Einer organisch verbundenen Vielheit, deren gesamtes Sein und Streben einem gemeinsamen Ziel bewußt entgegengeht. Deren Form und Gliederung in hervorragendem Maße die Gewißheit geben, daß der klare Wille des Einzelnen getragen ist von dem freudigen Ringen, sich dem frei erwählten Ganzen unterzuordnen und trotzdem alle Kräfte anzuspannen im Rahmen dieser Gemeinschaft, für deren Höherentwicklung zu wirken. Einer für alle und alle für einen.

Die beste Zweckform nach dieser Hinsicht ist in der kapitalistischen Wirtschaftsform ohne Zweifel die proletarische Partei. Sie ist kein künstliches Gebilde, das auf blauen Dunst heraus ins Leben gerufen wurde, sondern sie ist entstanden aus den zermürbenden Kämpfen, mit deren gewaltigen Zwingherrn Kapital in der Einsicht, daß nur geeinte und geschlossene Macht der Arbeiterklasse noch imstande ist, erfolgreich gegen die immer niedrigeren Ausbeutungsmethoden anzugehen. Sie ist gewissermaßen der Kristallisationspunkt, an dem sich der immandlungsprozeß geschichtlicher Erkenntnis in kämpfendes Wollen vollzieht. Und sie ist fernerhin der Sammelplatz Gleichgesinnter, Sympathisierender und Suchender, die aber alle mehr oder weniger bewußt von denselben Erlösungsbedingungen überzeugt sind, sowohl national als auch international. Durch diese gigantische Wucht und massige Breite der Inhalte der proletarischen Partei, ist dieselbe geradezu geschaffen, die Trägerin der aktionsbereiten und zukunftsnahen Gemeinschaft zu sein. Die Partei ist der Unterbau, der Mantel, aber — und darüber muß man sich klar sein — die Gemeinschaft ist die unbedingt notwendige Ergänzung, die treibende, lebendige und urtümliche Kraft, ohne deren schöpferisches Gestalten die Partei zu einem leeren Schemen, zu einer Fata Morgana, ja, zu einem bewußten Betrug herabsinkt. Erst in dem Augenblick, da die Mehrzahl der Genossen diese Dinge begrifflich meistern und ihr Handeln nicht mehr von der durch die kapitalistischen Erziehungsmaßnahmen eingetrichterten Gewohnheit leiten lassen, kann der Erfreiheitsfluß für die Arbeiterbewegung geleistet werden. Erst dann können all die Mühen und Leiden, all die großzügig dargebrachten Opfer Früchte tragen und uns dem Siege der arbeitenden Klasse näherbringen.

Leider ist von diesen Gedankengängen innerhalb der Klassenkampfbewegung und auch innerhalb unserer Partei, nur äußerst wenig zu verspüren. Das Beharrungsvermögen und die durch die ständig steigende Ausbeutung bedingten körperlichen Nöte sind heute so stark, daß wirklichen revolutionären Neuerern, die junge Entwicklungsmöglichkeiten ans Licht ziehen, kaum noch Beachtung geschenkt wird. Die kapitalistischen Zersetzungserscheinungen, die in großzügiger Weise, auch gewollt durch Spitzel und Betörte, in die proletarischen Massen hineingetragen werden, überwuchern gedankliche Klarheit. Trotz alledem zwingt die simgemäß angewandte, dialektische Denkmethode gebieterisch, sich kraftbaft mit allen Erscheinungen auseinanderzusetzen, die in dem ständig stiebenden Sein und Werden zur Oberfläche drängen. Der Untergang des Abendlandes und seiner so verderblichen sogenannten „Kultur", die im wesentlichen darin bestand, die natürliche Menschheit durch Schmarotzertum und Hunger zu degenerieren, ist unabwendbar. Aus dem beginnenden Chaos, aus dem Strudel die Keime zum Werden einer höheren Gesellschaftsform zu retten, ist nur möglich durch ehernen, bitteren Kampf. Diese Gewißheit, so einfach und doch so lapidar in ihrer Auswirkung, ist in die Hirne der Proletarier so oft eingehämmert worden, daß sie wohl nicht mehr bezweifelt wird. Ebenso feststehend ist auch die Tatsache, daß die Durchführung und die Vorbereitung dieses titanischen Kampfes Aufgabe der proletarischen, also unserer Partei ist.

Wo aber sind die Voraussetzungen? Weltenwende wuchtig gestalten, Götzendämmerung quadergewaltig zertrümmern erfordert ein großes Geschieht, daß Mann für Mann und Frau für Frau auf seinem Posten ausharrt. Ohne Zaudern und Zagen. Immer in dem Bewußtsein: Weiterschreiten! Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt! Statt dessen aber — Müdigkeit im weiten Gefolge des Wortes: Mißtrauen, die Teufelssaat des modernden Kapitals. Einer sieht dem anderen so fremd gegenüber, als wäre gar nichts weiter dabei. Niemand empört sich darob. Wozu auch. Man tut nach des Tages Last und Frop einige Stunden seine Pflicht im Dienste der Partei und geht wieder. In alle Winde. Mehr aus gähnender Tradition als aus bewußter Ueberzeugung. Dürr, welchen Sinnes das Wort Genosse. Es hat seinen Inhalt verloren. Blutleere, prosaisierende Mechanik tritt unheimlich an die Stelle lebendigen, vorwärtsdrängenden Wollens.

Kämpfer, Genossen, schaut um Euch, erwacht, zertrümmert die Trägheit! Entreißt den Klauen des Moloch Kapital in letzter Stunde sein Opfer! Revolutionär sein, heißt Mensch sein, trotz alledem. Trotz tierischen Hinquälens, trotz bürokratischer Mechanisierung des Geistes.

Der Stunde klaffende Not gebietet ein ehrliches Wort, über diese Dinge zu sprechen. Eine Partei, die keine Gemeinschaft in sich trägt, ist ein lebender Leichnam, weil die Gemeinschaft das einende, vorwärtstreibende Element, weil sie die Pflegestätte revolutionärer Tugenden ist. Solidarität ist Gemeinschaft. Und wer die nervenzerrüttende illegale Tätigkeit und die lodernden Tage offenen Aufruhrs aktiv kennen gelernt hat, der weiß, daß diese Kämpfe nur möglich sind in gegenseitigem völligen Vertrauen, mit brüderlicher Liebe und Hilfsbereitschaft und der ganzen Hingabe seiner Persönlichkeit; nur in dem stärkenden Gedanken, daß der Kreis der Parteigenossen eine einzige Brücke ist, die immer hinüberführt in die eine Weltanschauung. Gegenseitige Hilfe während der Tage der Vorbereitung und des Kampfes ist nicht etwa die rein ethische Forderung irgend eines neuen Apostels, sondern sie ist eine der grundlegendsten Voraussetzungen zu erfolgreicher Parteiarbeit, sowohl als auch in noch viel stärkerem Maße zur siegreichen Durchführung des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht. Die einzelnen Gruppenabende, die Funktionärversammlungen müssen viel mehr von dem Geist der einenden Gemeinschaft getragen sein. Und darüber hinaus müssen die Genossen auch ohne offizielle Anregung, des öfteren zusammenkommen, sich aussprechen, diskutieren, gemeinsam die „RKZ." lesen. Dann wird auch die Freude an der Arbeit wiederkehren. Gegenseitige Erziehung, gegenseitige Weiterbildung unter vorbildlicher Vermeidung von lähmenden Rauschmitteln (Alkohol, Nikotin usw.) ist der lebende Faktor, der in unserer Bewegung fehlt und der imstande ist, frisches Blut zuzuführen. Der Fatalismus, der für eine revolutionäre Bewegung schleichenden Gift ist, muß wieder dem gesunden Egoismus als weltbesorgendem Prinzip weichen. Und dem Auseinandergleiten der Genossen muß ein zwingendes Halt entgegengerufen werden.

Es gilt zu handeln. Jeder fange bei sich selbst an und prüfe kritisch sein eigenes Erleben, vollende und vervollkommne seine Bewußtseinsinhalte, seine Gedanken, getragen von tämpferischem Wollen, und halte Ich zu opfern. Nur Selbstüberwindung schreitet zur Tat. Die Tage des offenen Waffenganges wollen gut vorbereitet sein. Revolutionäre Erfahrungen diktieren mit mathematischer Beweiskraft als Grundelement sowohl vor als auch nach dem Kampf: Gemeinschaft.

Wirtschaft

4fache Erhöhung der Personentarife

TU. Berlin, 20. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt: Die gleichen Gründe, welche für die Erhöhung der Personentarife zum 1. Oktober und 1. November d. J. bestimmend waren, nötigen zu ihrer weiteren Erhöhung zum 1. Dezember womit sich auch der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab um weitere 100 v. H., also auf das Vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tarifsätze erhöht.

Zunahme des Banknotenumlaufs um 30,3 Milliarden

Der Ausweis der Reichsbank vom 14. Oktober zeigt eine neue starke Inanspruchnahme der Reichsbank während der zweiten Oktoberwoche. Der Banknotenumlauf erhöhte sich um die Rekordziffer von 30,3 Milliarden auf 374,5 Milliarden. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen nahm um 25,2 Milliarden zu und beträgt jetzt 14,1 Milliarden Mark. 44,1 Milliarden diskontierte Schatzanweisungen vermehrten die Bestände der Reichsbank. Ebenso erhöhte sich der Wechselbestand um 9,8 Milliarden.

Die Zunahme an Banknoten beträgt nunmehr wertmäßig 5 Milliarden.

Die letzte Revolution auf diesem Gebiete wird jedoch hier noch ganz andere Resultate zeitigen.

Abschluß eines deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages

WTB. Moskau, 20. Oktober.

Wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, ist durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates der Volkskommissare ein Vertrag mit dem deutschen Konsortium Otto Wolff, welcher einige große deutsche Industriewerke, darunter Phönix, Rheinstahl u. a. vereinigt, bestätigt worden. Nach dem Vertrag wird eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft mit einem Kapital von 300 000 Goldrubel gegründet, welche die Handelstätigkeit für Import und Export erhält. Das Konsortium gewährt der neuen Gesellschaft einen Warenkredit von 7,5 Millionen Goldrubel, an die Regierung außerdem 5 Millionen. Die Gesellschaft wird der Kontrolle des Außenhandelskommissariats unterstellt. Die Regierung und das Konsortium werden ihre Vertreter in der Direktion der Gesellschaft haben.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei. In einer Reihe von Textil- und Maschinenfabriken kam es in den letzten Tagen wieder zu Betriebseinstellungen bzw. Einschränkungen der Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen wächst täglich.

Ausland

Aus der KP. der Tschechoslowakei

Der fällige Hirtenbrief

Die „Internationale" (nordwestböhmisches KP.-Blatt) veröffentlicht folgenden Hirtenbrief Moskaus:

An die Zentrale der KPC. in Prag.

Werte Genossen! Das Exekutivkomitee hat in großen Zügen die Ereignisse auf der letzten Reichskonferenz der KPC. verfolgt und folgenden Beschluß gefaßt: Die Exekutive stellt noch einmal fest, daß die allgemeine politische Linie der Mehrheit der Parteizentrale richtig ist und verurteilt das Auftreten der Oppositionsgruppe in der Form, in der es gemacht wurde als ein unbiszipliniertes Verhalten. Dennoch ist der Ausschluß der Oppositionsgruppe aus der Partei nicht richtig. Der Ausschluß aus der Partei ist eine Maßnahme, die nur in äußerster Not unternommen werden darf. Daß darf nur dann geschritten werden, wenn alle übrigen Möglichkeiten erschöpft sind, was in diesem Falle nicht zutrifft. Die Exekutive der Komintern beschließt deshalb:

1. Den Beschluß, die Genossen Sturc, Jilek u. a. aus der Kommunistischen Partei auszuschließen, einstweilen zu inhibieren, wobei die Rechte der genannten Genossen als Mitglieder der Partei wieder herzustellen sind.
2. Die Oppositionsgruppe zu ersuchen, die Genossen Sturc, Jilek und Bolen zum Vierten Kongreß nach Moskau zu delegieren zur Verteidigung des Standpunktes der Opposition.
3. Die Frage wird endgültig auf dem Vierten Kongreß der Komintern entschieden werden, dessen Beschluß selbstverständlich für alle bindend sein wird. Im Augenblick der unerhörten Offensive des Kapitals gegen die tschechoslowakischen Arbeiter, dem ungeheuren Zunehmen der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Verschärfung des Kampfes sind die Kommunisten der Tschechoslowakei verpflichtet, ihre Reihen zu schließen und auf jeden Fall irgendwelche Spaltung zu vermeiden.

Mit kommunistischem Gruße!

Die Exekutive der Kominternen.

Moskau, den 6. Oktober 1922.

Etwas anderes, als daß die sozialdemokratische Linie des Smeral und Kumpane „richtig" ist, hat wohl niemand erwartet. Ebensowenig, wie die längst abgedroschenen Phrasen von „Schließt die Reihen" jemanden überzeugen können. Nach Ansicht der Exekutive erweist also die Sektion der Tschechoslowakei dem Proletariat einen Bärendienst, wenn sie „einig und geschlossen" brüllt: „Kämpft nicht gegen den Staat, laßt euch nicht vorreden, daß die KPTsch. dies will." Der Staat soll erhalten bleiben, mit anderen Worten: Kämpft für uns, für unsere Ministersessel, für eine „Arbeiterregierung" im kapitalistischen Staat, und gerade jetzt, bei der ungeheuren Krise, macht um Gottes willen nicht ernst mit der Revolution! Die Proletarier, die diesen Schwindel erkannt haben, werden sich durch solche Mätchen nicht irre machen lassen. Hier gibt es nur zweierlei: Entweder den Verrat am Proletariat oder den Bruch mit einer Politik, die mit Kommunismus aber auch gar nichts gemein hat. Hoffentlich läßt sich die Opposition dort nicht verleiten, den Kampf gegen den Kautschinski, dem „Treiber" noch mehr zur Verbildung der Proletarier beiträgt, als die der ganz gewöhnlichen Sozialdemokratie a la Brandler und Zetkin.

Aus der KP. Frankreichs

Ueber den Ausgang der Kongresses der KPF. entnehmen wir der „Roten Fahne":

Am 4. Verhandlungstag des Pariser Kongresses wurde über die verschiedenen Anträge abgestimmt. Die gemeinsamen Anträge des Zentrums und der Linken (Frossard-Souvarine) betreffs der allgemeinen politischen Linie der Partei, der Einheitsfrontfrage und der Gewerkschaftsfrage erhielten eine große Majorität.

In der Frage der Besetzung der leitenden Posten in der Partei, die für die zukünftige Haltung entscheidend ist, konnte dagegen keine Einigung erzielt werden. Das Zentrum beantragte, entgegen den Wünschen der Exekutive der Kommunistischen Internationale, daß sie sich ihrer eigenen Erfahrungen folgend alle leitenden Posten ausschließlich von Mitgliedern des Zentrums besetzt werden. Die Linke dagegen wünschte im Sinne des Beschlusses der Exekutive die paritätische Besetzung der Posten durch das Zentrum und die Linke. Der Abstimmung ergab eine Mehrheit für das Zentrum: die 1698 Stimmen gegen 1516 Stimmen, auf sich vereinigte. Dieser Abstimmung gemäß werden alle Zentralinstanzen der Partei ausschließlich vom Zentrum besetzt.

Nach Abstimmungsergebnis wurde ein Brief des Delegierten der Exekutive an den Kongreß vorgelesen, in dem die Stellungnahme der Exekutive noch einmal wiederholt wird. Im Namen der Linken wurde eine Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß sich die Linke während des Kongresses bemüht hat, die beiden Richtungen zu vereinigen. Nachdem dies an der Haltung des Zentrums gescheitert sei, entfalte sich die Linke jeder weiteren Abstimmung und legt die Angelegenheit dem 4. Weltkongreß vor.

Daß die KPF. ein Trümmerhaufen ist, dürfte auch der „Roten Fahne" klar sein. Denn eine Partei, die durch den Machtspruch der obersten Instanz vor dem Zerfall gerettet werden soll, ist keine Partei, sondern eine unlenkbare Herde, unfähig zu schöpferischer Arbeit. Wer in Moskau recht bekommt, ob die Rechte oder die Linke, darüber braucht man sich wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen. Auf dem vierten Kongreß wird es Strategischen gegenüber den „Linken" gewiß nicht fehlen. Aber diese künstlich geschaffenen Hindernisse in Gestalt von Sektionen der 3. Internationale müssen überwunden werden, und zwar nicht durch Postenjägern, sondern grundsätzlich. Daß die deutsche Sektion so lange „geschlossen" bleibt, ist ausschließlich Moskaus zuzuführen, daß der prüfstein dies wollen mit all seinen Voraussetzungen und Folgewirkungen. Es nützt da keine große Aufregung, kein großes Geschrei. Man kann von einen Löwen nicht verlangen, daß er auf Fleisch verzichtet, man kann keinen Tiger wünschen, der kein Räubter ist, und man kann keinen Kapitalismus „erkämpfen", der keine Profitwirtschaft ist.

Das deutsche Kapital ist an dem Punkte angelangt, wo eine Profitmöglichkeit, die aufgebaut ist auf der Spannung, die zwischen der niedrigen Mark und den Weltmarktpreisen besteht, immer unmöglicher wird. Einmal, weil die dadurch gestörte Kaufkraft auf dem inneren Markt mit einer stark geminderten Produktion befriedigt werden kann, und Schließung Einschränkungen bei logischen Folgen sind, und zum zweiten, weil der Einkauf von Rohstoffen mit einem fast wertlosen Zahlungsmittel letzten Endes zur Unmöglichkeit wird, und so eine bis ins endlose sich verschlechternde Mark, diese auf dieser bis jetzt möglichen Basis aufgebaute Konjunktur eben unmöglich macht. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, hat zur Voraussetzung eine „Wehrhaftmachung", d. h. eine verschärfte Ausbeutung. Die Voraussetzung für großmaßstäbliche Ausbeutung ist vermehrtes Hungern sind geschaffen, durch die zweierlei „Währung", die durch die Erfüllungspolitik entstand. Die Verschlechterung der Mark und die damit verbundenen „Zulagen", sind die sicherste Methode zur Drückung des Reallohnes. Aber das Kapital, daß Lohnstunden noch Stunden bezahlt, weiß, daß diese Lohnsteigerungen auch die Zeit davon leben müssen, wo sie nicht ausgebeutet werden. Hier liegen also noch Reserven, die es auszunützen gilt.

Die Gewerkschaften mit ihren „linken" Trabanten, weisen auf die schon hereinbrechende Arbeitslosigkeit hin und erklären, daß man erst die Arbeitslosen beschäftigen solle. Echt gewerkschaftlich. Als wenn die kapitalistische Produktionsweise und ihre Bedingungen sich nach den Wünschen guter Leute richten würde. Es kommt eben darauf an, durch den Hunger dem Proletariat die Entscheidung aufzuzwingen. Das Kapital kann einen Streik „für den Achtstundentag" in aller Ruhe abwarten. Es weiß, daß die Proletarier auf eine Hungerration gesetzt sind, damit der „Erfolg" ihrer Gewerkschaften und der Hunger eine sehr deutliche Sprache reden wird, schon sofort nach Beginn des Kampfes. Das Kapital weiß ferner, daß die „Ruhe und Ordnung" eine Existenzfrage für die Gewerkschaften und ihre Nutznießer ist und dieselben alles tun müssen, um den „Kampf" über die Hungertur hinaus zu unterbinden. Ist erst Bresche gesprungen, so sind die Erwerbslosenarmeen ein notwendiges Druckmittel auf die Arbeitenden, denn sie sind heute dem direkten Hungertod ausgeliefert. Das deutsche Kapital muß die Ausbeutung verschärfen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Bisher war eine Aufrechterhaltung des Profites möglich durch die fortschreitende Entwertung der Mark und durch die dadurch mögliche Schmutzkonkurrenz. Dies allein genügt nicht mehr, es muß neben der Herabdrückung des Reallohnes länger gearbeitet werden — wenn man den kapitalistischen Wiederaufbau will!

Während die Hilferdinge und Thalheimer durch ihre Schwindelmanöver die Arbeitermassen zu verwirren suchen, ist es mit Hilfe der Gewerkschaften scheinbar schon gelungen, bei den Bergarbeitern einen „Erfolg" zu buchen. Wer kennt das Prämiensystem nicht von der „großen Zeit" her noch. Wo durch die Jagd nach den Scheinen sich das Sonderinteresse durchbrechen, die ausbeutungsfähigen Lohnsklaven die Schrittmacher für die „Normalleistung" sind. Wo die schon Ausgepreßten, Halberschöpften, Zermürbten und Schwächlichen als Opfer unter den Stiefeln ihrer eigenen Klassengenossen verenden, oder vorher ausscheiden als nicht mehr konkurrenzfähig. Damals war ihr Platz im Schützengraben, heute auf der Straße — ohne Komisbrot. Und einer nach dem andern wird diesen Punkt erreichen und die Selbstvernichtung des Proletariats wird zum Prinzip erhoben, und immer kleiner wird durch den Zusammenbruch der letzten Kaufkraft — der Absatzmarkt, national und international. Und immer von neuem wird der Konkurrenzkampf aufgenommen werden müssen, die Arbeiter des einzelnen Berufes und Landes unter sich und die Proletarier aller Länder untereinander — bis die höchste Grenze erreicht ist und sich vor aller Augen offenbart, daß das Proletariat das „Vaterland" ebensowenig retten kann durch den Wetteifer im Schuften, als durch gegenseitiges Halsabschneiden.

Die Verschärfung der Ausbeutung der einzelnen hat zur Voraussetzung die Arbeitslosigkeit der anderen. Das deutsche Proletariat war bis jetzt der Kuli der Welt und hat durch seine „Erfüllung" die Niederarbeitslosenarmen in den andern Ländern finanziert helfen. Der Profit selbst gab nicht so, daß die Produktionsmittel erneuert und die technische Vervollkommnung Schritt hielt mit den anderen Ländern. Es wurde Raubbau im schlimmsten Maße getrieben. Dieser letzte Faktor — zwei amerikanische Bergarbeiter schufen auf Grund der technischen Verbesserungen ebenso viel wie sieben deutsche — zeigen schon die Unmöglichkeit auf, mit Erfolg den konterrevolutionären Konkurrenzkampf auf die Dauer zu führen. Nicht die Steigerung der Produktion, sondern die Steigerung des Profites ist, geht das Proletariat diesen Weg, noch eine Zeitlang möglich. Aber damit verbunden ist trotzdem eine Verringerung der Produktion, weil — im Weltmarktstuhe gesehen — der Absatz fehlt. Und Hunger und Krankheit, Schwindsucht und Siechtum werden sich von rascheren Mahe steigern als bisher. An der Unmöglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaues ändert nichts, daß das Proletariat die Revolution noch nicht will, und sich selbst zerfleischt.

Nicht Steigerung, nicht „Kontrolle der Produktion", was in Wirklichkeit nur eine Kontrolle der eigenen Ausbeutung ist, ist die Parole, sondern Sturz des Kapitals und Eroberung der Produktion durch die proletarische Diktatur ist möglich und notwendig bei Strafe des Versinkens in die Barbarei.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Viers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Berlin. — Druck: Buchs und Kunstdruckerei, Berlin S. 42, Oranienstr. 160.

3. Jahrg. Nr. 79. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 90 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Produktionssteigerung?

UZ. Berlin, 26. Oktober.

Heute vormittag traten beim Kanzler die Führer der Koalitionsparteien und der deutschen und bayerischen Volkspartei zusammen, um über die Devisenverordnung und über die gesamte wirtschaftliche Lage zu verhandeln. Von der Sozialdemokratie waren Hermann Müller, Hilferding und Breitscheid, von den Demokraten Erkelenz, Hans Fischer und Siemens, vom Zentrum Marx und Stücker, von der Deutschen Volkspartei, Stresemann, Kanmer und Kempfer anwesend. Von der Regierung Schmidt, Gisberts und Hirsch. Der Reichskanzler sprach über die Schwierigkeit der Lage und richtete an die Parteien die Mahnung, eine gemeinsame Plattform zu suchen, auf der sie eine starke Regierung aufbauen können. Müller sprach über die Forderungen der Sozialdemokratie und erklärte, daß seine Partei für den Fall, daß nicht durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, zur neuen geschaffenen Lage nochmals Stellung nehmen wird.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt gab einen allgemeinen Ueberblick über die Wirtschaftslage und sprach insbesondere über die Position der Handelsbilanz. Der Zwang zur dauernden Einfuhr von Kohle, Eisen und Zement beleste unsere Handelsbilanz außerordentlich. Das Kernproblem sei Steigerung der Ausfuhr und Erhöhung der Arbeitsleistung. Leider seien die bisherigen Versuche in dieser Richtung wenig erfolgreich gewesen. Insbesondere das Ueberstundenabkommen im Ruhrbergbau sei in keiner Weise die darauf gesetzten Hoffnungen erfüllt. Es sei zu wünschen, daß nicht nur dieses Abkommen sich günstiger und stärker auswirke, sondern, daß auch Uebereinkommen in anderen Industrien geschlossen würden. Er sprach ferner über die Vorschläge der Abänderung der Devisenverordnung.

Hierauf entwickelte Hilferding sein wirtschaftspolitisches Programm. Er sprach über die Stützungsaktion der Mark, über die Devisenverordnung und über ein wertbeständiges Papier. Es wurden zwei Ausschüsse gebildet, um die bezüglichen Fragen zu beraten. In dem einen Ausschuß kam es unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Einigung über die Devisenverordnung.

Ueber den Kern des Kuhhandels braucht man sich wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen, ebensowenig, wie über den Ausgang und das Resultat desselben. Klöckner, der in seiner Rede auf der Generalversammlung des Lothringer Hüttenvereins den Standpunkt des Kapitals dahingehend präzisierte, „daß der Hunger uns (!) zwingen wird, länger zu arbeiten", weiß, daß er auf das Ergebnis hin, daß die Gewerkschaften rechnen kann. Robert Schmidt schimpfiert programmäßig. Ueber die „Devisenverordnung" ist schon eine Einigung erzielt. Alles ist vorbereitet auf eine „starke Regierung". „Die Masse des Volkes muß — notfalls gegen ihren eigenen heftigen Widerstand — vor dem Ruin geschützt werden", und der Reichskanzler hat „sich an die Spitze der Bewegung für eine verstärkte Arbeitszeit zu setzen", so schreibt ihm Thyssen.

Die Arbeiter wissen aber nicht nur die Augen offen halten. Sie müssen ihre Augen erst einmal aufmachen, und begreifen, was auf dem Spiel steht. Auf dem Spiele steht nicht, ob länger gearbeitet werden soll oder nicht, als eine Frage für sich. Die Frage lautet vielmehr: Soll die kapitalistische Wirtschaft, soll der Kapitalismus überhaupt weiter aufgebaut, sollen „Erschütterungen" vermieden, soll die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig bleiben und eine Absatzkrise — momentan — hinausgeschoben werden, so muß gerade dies wollen mit all seinen Voraussetzungen und Folgewirkungen. Es nützt da keine große Aufregung, kein großes Geschrei. Man kann von einen Löwen nicht verlangen, daß er auf Fleisch verzichtet, man kann keinen Tiger wünschen, der kein Räubter ist, und man kann keinen Kapitalismus „erkämpfen", der keine Profitwirtschaft ist.

Das deutsche Kapital ist an dem Punkte angelangt, wo eine Profitmöglichkeit, die aufgebaut ist auf der Spannung, die zwischen der niedrigen Mark und den Weltmarktpreisen besteht, immer unmöglicher wird. Einmal, weil die dadurch gestörte Kaufkraft auf dem inneren Markt mit einer stark geminderten Produktion befriedigt werden kann, und Schließung Einschränkungen bei logischen Folgen sind, und zum zweiten, weil der Einkauf von Rohstoffen mit einem fast wertlosen Zahlungsmittel letzten Endes zur Unmöglichkeit wird, und so eine bis ins endlose sich verschlechternde Mark, diese auf dieser bis jetzt möglichen Basis aufgebaute Konjunktur eben unmöglich macht. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, hat zur Voraussetzung eine „Wehrhaftmachung", d. h. eine verschärfte Ausbeutung. Die Voraussetzung für großmaßstäbliche Ausbeutung ist vermehrtes Hungern sind geschaffen, durch die zweierlei „Währung", die durch die Erfüllungspolitik entstand. Die Verschlechterung der Mark und die damit verbundenen „Zulagen", sind die sicherste Methode zur Drückung des Reallohnes. Aber das Kapital, daß Lohnstunden noch Stunden bezahlt, weiß, daß diese Lohnsteigerungen auch die Zeit davon leben müssen, wo sie nicht ausgebeutet werden. Hier liegen also noch Reserven, die es auszunützen gilt.

Die Gewerkschaften mit ihren „linken" Trabanten, weisen auf die schon hereinbrechende Arbeitslosigkeit hin und erklären, daß man erst die Arbeitslosen beschäftigen solle. Echt gewerkschaftlich. Als wenn die kapitalistische Produktionsweise und ihre Bedingungen sich nach den Wünschen guter Leute richten würde. Es kommt eben darauf an, durch den Hunger dem Proletariat die Entscheidung aufzuzwingen. Das Kapital kann einen Streik „für den Achtstundentag" in aller Ruhe abwarten. Es weiß, daß die Proletarier auf eine Hungerration gesetzt sind, damit der „Erfolg" ihrer Gewerkschaften und der Hunger eine sehr deutliche Sprache reden wird, schon sofort nach Beginn des Kampfes. Das Kapital weiß ferner, daß die „Ruhe und Ordnung" eine Existenzfrage für die Gewerkschaften und ihre Nutznießer ist und dieselben alles tun müssen, um den „Kampf" über die Hungertur hinaus zu unterbinden. Ist erst Bresche gesprungen, so sind die Erwerbslosenarmeen ein notwendiges Druckmittel auf die Arbeitenden, denn sie sind heute dem direkten Hungertod ausgeliefert. Das deutsche Kapital muß die Ausbeutung verschärfen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Bisher war eine Aufrechterhaltung des Profites möglich durch die fortschreitende Entwertung der Mark und durch die dadurch mögliche Schmutzkonkurrenz. Dies allein genügt nicht mehr, es muß neben der Herabdrückung des Reallohnes länger gearbeitet werden — wenn man den kapitalistischen Wiederaufbau will!

Während die Hilferdinge und Thalheimer durch ihre Schwindelmanöver die Arbeitermassen zu verwirren suchen, ist es mit Hilfe der Gewerkschaften scheinbar schon gelungen, bei den Bergarbeitern einen „Erfolg" zu buchen. Wer kennt das Prämiensystem nicht von der „großen Zeit" her noch. Wo durch die Jagd nach den Scheinen sich das Sonderinteresse durchbrechen, die ausbeutungsfähigen Lohnsklaven die Schrittmacher für die „Normalleistung" sind. Wo die schon Ausgepreßten, Halberschöpften, Zermürbten und Schwächlichen als Opfer unter den Stiefeln ihrer eigenen Klassengenossen verenden, oder vorher ausscheiden als nicht mehr konkurrenzfähig. Damals war ihr Platz im Schützengraben, heute auf der Straße — ohne Komisbrot. Und einer nach dem andern wird diesen Punkt erreichen und die Selbstvernichtung des Proletariats wird zum Prinzip erhoben, und immer kleiner wird durch den Zusammenbruch der letzten Kaufkraft — der Absatzmarkt, national und international. Und immer von neuem wird der Konkurrenzkampf aufgenommen werden müssen, die Arbeiter des einzelnen Berufes und Landes unter sich und die Proletarier aller Länder untereinander — bis die höchste Grenze erreicht ist und sich vor aller Augen offenbart, daß das Proletariat das „Vaterland" ebensowenig retten kann durch den Wetteifer im Schuften, als durch gegenseitiges Halsabschneiden.

Die Verschärfung der Ausbeutung der einzelnen hat zur Voraussetzung die Arbeitslosigkeit der anderen. Das deutsche Proletariat war bis jetzt der Kuli der Welt und hat durch seine „Erfüllung" die Niederarbeitslosenarmen in den andern Ländern finanziert helfen. Der Profit selbst gab nicht so, daß die Produktionsmittel erneuert und die technische Vervollkommnung Schritt hielt mit den anderen Ländern. Es wurde Raubbau im schlimmsten Maße getrieben. Dieser letzte Faktor — zwei amerikanische Bergarbeiter schufen auf Grund der technischen Verbesserungen ebenso viel wie sieben deutsche — zeigen schon die Unmöglichkeit auf, mit Erfolg den konterrevolutionären Konkurrenzkampf auf die Dauer zu führen. Nicht die Steigerung der Produktion, sondern die Steigerung des Profites ist, geht das Proletariat diesen Weg, noch eine Zeitlang möglich. Aber damit verbunden ist trotzdem eine Verringerung der Produktion, weil — im Weltmarktstuhe gesehen — der Absatz fehlt. Und Hunger und Krankheit, Schwindsucht und Siechtum werden sich von rascheren Mahe steigern als bisher. An der Unmöglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaues ändert nichts, daß das Proletariat die Revolution noch nicht will, und sich selbst zerfleischt.

Nicht Steigerung, nicht „Kontrolle der Produktion", was in Wirklichkeit nur eine Kontrolle der eigenen Ausbeutung ist, ist die Parole, sondern Sturz des Kapitals und Eroberung der Produktion durch die proletarische Diktatur ist möglich und notwendig bei Strafe des Versinkens in die Barbarei.

Leere Hände*)

Zum Programm der KPD.

(Fortsetzung.)

Der zweite Abschnitt behandelt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. In seinem ersten Teil ist er rein theoretisch gehalten. Im großen und ganzen ist die Entwicklung richtig skizziert. Es sind nur nicht die Umschichtungen innerhalb der einzelnen Klassen, auf die es für den Gang der Revolution besonders

zum Sturm gegen das Parlament sammelt. Die Forderungen der KPD. an die Regierung sind der reinste Hohn auf das Klassenkampfprinzip. Sie vereinigt, alles, was an Möglichkeiten überhaupt da ist. Sie hat „die den Bürgertum gegenüber selbständige politische Partei einen mit der Partei zusammenwirkenden Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung geschaffen, die den Kampf innerhalb der kapitalistischen Ordnung führt". Diese Sicherstellung wird ein Programm zum Mittel- und Ausgangspunkt der gesamten zu entwickelnden Taktik. Die Partei hat den revolutionären Machtkampf zu organisieren und zu leiten. „Die Konstituierung des Proletariats zur bewußten Klasse vollzieht sich durch die kommunistische Partei." Es ist auch die früher vorherrschende Idee aufgegeben, daß es die Aufgabe einer Minderheit, der Vorhut des Proletariats, sei, die politische Macht für das Proletariat zu erobern. Sie beschränkt sich darauf, „die große Masse der Arbeiterklasse für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus zu erobern". Sie proklamiert deshalb auch als ihr Ziel „erst am Ende der Revolution die Macht zu ergreifen". Aus dieser Einstellung begründet sie auch ihr Verhältnis zu den bestehenden reformistischen Parteien und den reformistischen Gewerkschaften. Das Ziel der kommunistischen Partei ist die Ersetzung der bisherigen Führer und die Aufhebung der Bürokratie durch die Betriebsräte „als die lebendigen und im revolutionären Kampf immer bedeutsamer werdenden neuen Gewerkschaftsorgane". Dieser „revolutionäre Kampf" bringt als Frucht dem Proletariat die Arbeiterräte als neuen Namen für die gesetzlichen Betriebsräte. Weltweiser liefern die Priester der KPD. Auf dieser Weise kann jeder kapitalistische Staat auch zum proletarischen Staat werden. Wenn uns der liebe Gott mit KPD.-Betriebsräten und mit KPD.-Ministern segnet, so hat uns der Himmel auch einen proletarischen Staat geschenkt. Diese Wege sind wunderbar! Ueber die Rolle der Gewalt hat sich Thalheimer auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sehr vorsichtig ausgelassen. Die Notwendigkeit ihrer Anwendung leugnet er allerdings nicht. Er stellt aber fest, daß vor allem die bürgerliche Demokratie zu schützen ist, weil sie „einen Schritt vorwärts gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus bedeute". Die Weiterentfaltung ist nach ihm ausgeschlossen, „jedem Versuche, die bürgerliche Demokratie zugunsten absolutistischer Herrschaft zu beseitigen", mit äußerster Energie entgegenzutreten. In zweiter Linie hat das Proletariat erst die Aufgabe, den bürgerlichen Staat zu sprengen. Diese Formulierung entspricht vollkommen der sozialdemokratischen Auffassung, trägt aber keineswegs dem Zusammenbruch des Kapitals und der daraus entspringenden Notwendigkeit, den kapitalistischen Staat, ohne Rücksicht auf dessen demokratischen Charakter, aus Selbsterhaltungsrücksichten gewaltsam aufzuheben, Rechnung. Der Kampf um den Kommunismus ist ein absoluter und kein relativer in der Periode des kapitalistischen Verfalls.

Der nächste Abschnitt ist aber der proletarischen Diktatur gewidmet. Um den reformistischen Charakter den taktischen Forderungen der KPD. zu verhüllen, sind die jetzigen Hauptparolen: „Arbeiterregierung und Produktionskontrolle", als innerhalb der proletarischen Diktatur liegend gekennzeichnet. Die Arbeiterregierung ist dabei der bürgerlich-sozialistischen Regierungskoalition gegenübergestellt und als volle Staatsmacht in der Hand der Bourgeoisie gegenüber der Leitung der Herrschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat bei der Koalition formuliert. Man ist insofern vorsichtig, als man diesen Zustand nur als eine Möglichkeit würdigt, da man befürchtet, daß der revolutionär denkende Teil der Mitgliedschaft sich daran stoßen könnte. Die Kritik hat auch an diesem Punkte mit aller Schärfe eingesetzt und verlangt, daß dieser Teil überhaupt nicht als Zwischenstadium, sondern als erstes Stadium nach Eroberung der politischen Macht hingestellt werden sollte. Das Gespenst der Uebergangsforderungen, durch die dem Revisionismus Tor und Tür geöffnet wurde, sollte vollkommen gebannt werden, d. h. die Täuschung des Proletariats sollte gründlicher erfolgen. Der Abschnitt 26 behandelt das Nebeneinander von Arbeiterräten und Parlamenten, indem beide Faktoren als gleichbedeutend mit proletarischer und bürgerlicher Diktatur gesetzt werden. Die Arbeiterräte sind dabei, die revolutionierten Gewerkschaftsführer, die revolutionierte Propaganda im Parlamentsgebäude haben. Daß die Gewerkschaften nicht revolutionierte Organe durch Umtausch der Führer werden können, dürften im Rahmen dieses Artikels sich erübrigen. Ihre ganze Struktur und ihr Aufgabenkreis sprechen absolut dagegen, daß aus ihnen jemals die proletarische Diktatur erwachsen könnte. Sie sind Exponenten der Arbeiteraristokratie und Vertreter des Kleinbürgertums, dessen Lohnansprüche sie zu verwirklichen haben. Jede Epoche fordert bestimmte, ihr angepaßte Organisationen. Genau so, wie das Bürgertum den feudalistischen Staatsapparat zertrümmern mußte, um seinen Apparat neu aufzubauen, so muß das Proletariat seine auf den Kapitalismus zugeschnittenen Organisationen durch andere den Notwendigkeiten der kommunistischen Wirtschaft angepaßte ersetzen. Unmöglich ist aber die Fragestellung: Entweder vernichten die Arbeiterräte die Parlamente, oder die Parlamente vernichten die Arbeiterräte, d. h. nach der schon wiedergegebenen Gleichstellung der beiden Typen mit der bürgerlichen und proletarischen Diktatur in Zweifel ziehen. Die Arbeiterregierung als Zwischending zwischen bürgerlicher Demokratie und Räterepublik, die sogenannte Doppelregierung, ist ein vollkommenes Unding. Der Kampf geht immer um Sein oder Nichtsein. Ein Nebeneinander von bürgerlicher und proletarischer Diktatur gibt es nicht. Diese friedliche Klassenkampf-Ideologie ist nur ein Hirngespinst von Bauernfängern.

Es wird auch noch die famose Taktik der Einheitsfront theoretisch begründet. Der Kampf soll mit Anknüpfung „an die Lage der breiten Massen geführt werden und der Reife ihres Verständnisses entsprechen". In dieser Beziehung hat die KPD. schon außerordentlich viel geleistet und eine vollendete Demagogie systematisch ausgebildet.

Die Uebergangsforderungen sind schon im „Kampfruf" wiedergegeben und erübrigt sich ein weiteres Eingehen. Es werden da kleinbürgerliche Forderungen in extreme Form gebracht. Jedes Kind erkennt den Leim und wird sich hüten, daran kleben zu bleiben. Die Durchsetzung solcher Forderungen heißt nicht die kapitalistische Wirtschaft aufheben, sondern bevor es überhaupt dazu kommt, ist der Kapitalismus schon längst erledigt. Auf diese Weise wird nur der lebendige Kampf um die Eroberung der politischen Macht auf das mundgerechteste ökonomische Fahrwasser umgeleitet, ein Massenbetrug inszeniert und die Erkenntnis bewußt verwässert.

Für die Opfer der Revolution!

Am Montag, den 6. November 1922, abends 7½ Uhr, findet in den Pharussälen, Müllerstraße 142, eine

Gedächtnisfeier

für die Opfer der Revolution statt. Mitwirkende u. a. Gemischter Chor Groß-Berlins. Rezitationen.

Karten a 20,— Mk. sind bei den Funktionären zu haben.

KAP., AAU., KAJ.

USPD. Vom Wahlverein zur Wiederaufbaupartei

I.

In Augsburg ist vor ein paar Wochen die Vereinigung der USPD. mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor sich gegangen. Das ist nicht irgend ein alltägliches, parteipolitisches Ereignis gewesen, sondern es handelt sich hier zum zweiten Male um das Eingeständnis, daß auf den sozialdemokratischen Wegen der Vorkriegszeit keine proletarische Politik mehr betrieben werden kann. Wieder ist eine Epoche der Arbeiterbewegung zum Abschluß gekommen.

Die alte sozialdemokratische Arbeiterbewegung war ein Kind jener kapitalistischen Aufwärtsentwicklung, die ihren mächtigsten Antrieb aus den auf staatliche Einheit gerichteten Bestrebungen des Bürgertums empfangen hat. In jener Zeit, wo das Kapital darangeht, den im Nationalstaat abgegrenzten Markt auszuschließen, besteht die Aufgabe der Arbeiterbewegung darin, daß Proletariat überhaupt erst aufzurütteln und ihm zum Bewußtsein seiner historischen Mission zu verhelfen. Der Zeit des Nationalstaates entspricht für die Arbeiterbewegung die Periode der Organisation und Sammlung. Die sozialistische Gesellschaft ist ein in nebelgrauer Ferne aufleuchtendes Ziel, für dessen einstmalige Erreichung die Partei des Proletariats die Massen durch Organisation und Agitation, durch gewerkschaftlichen Guerillakrieg und parlamentarische Arbeit zu mobilisieren sucht.

Es ist die Tragik der alten Sozialdemokratie, daß sie sich, wohlmeinend sie innerhalb des ihr zugewiesenen Aufgabenkreises fortzuschreiten vermeinte, immer weiter davon entfernte, im Proletariat die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen. Dies ist nicht nur das Schlußergebnis, das Madame Geschichte aus Jahrzehnte sozialdemokratischer Arbeiterbewegung bei Ausbruch des Weltkrieges gezogen hat, sondern wird schon in den ersten Anfängen um die Jahrhundertwende erkennbar, als die Sozialdemokratie nicht mehr fähig ist, dem Flusse der kapitalistischen Entwicklung folgend, sich entsprechend umzustellen, um in einer Aera gewaltiger, entscheidender Kämpfe, Kraftproben aufzunehmen mit dem Kapital. Was im Anfang der Bewegung geschichtlich gegebenes Mittel zur Mobilisierung des Proletariats gewesen war, mußte die Arbeiterbewegung im Laufe der Entwicklung in eiserne Fesseln schlagen und sie der Ohnmacht überliefern. Man kann der alten Sozialdemokratie nicht gerecht werden, wenn man ihren Entwicklungsgang durch die einfache Brille des Moralisten betrachtet, für eben sich die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung nur aus einer Kette von Führerverrat und ehrloser Gesinnung zusammensetzt. Es war die Dialektik der Tatsachen, die an der Sozialdemokratie grausame Rache nahm, indem sie deren eigene Waffen, je länger desto mehr gegen sie selbst zu kehren begann. Aus der parlamentarischen Auffklärungsarbeit, aus dem gewerkschaftlichen Kleinkampf und der sozialpolitischen Tätigkeit der Sozialdemokratie, die den Zweck haben sollten, die Arbeiter zusammenzufassen, ihre Lage zu heben, um sie so widerstandsfähiger gegen das Kapital zu machen, mußte eine vollständige Preisgabe des Kampfes um den Sozialismus werden. In den wenigen Jahren hatte sich eine Prosperitätsperiode eine Lebenshaltung ganzer Arbeitergruppen derartig gehoben, daß die Auffassung von einer irgendwann bevorstehenden Katastrophe langsam durch den Glauben an friedliche Entwicklung von Kapitalismus verdrängt wurde. Was Bernstein als die Theorie des Sozialismus formulierte, begann sich trotz mannigfacher Widerstände in der Praxis breitmachend durchzusetzen. Organisation ward Selbstzweck, Mittelst politischer und wirtschaftlicher Verhandlungen und Bündnisse mit Teilen der Bourgeoisie sollte der Sozialismus „schrittweise" Wirklichkeit werden.

Aber die kapitalistische Entwicklung stand nicht still. Mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals vollzogen sich auf der einen Seite riesgreifende Wandlungen in den Betriebsformen der Wirtschaft, und der ausgewachsene Industriekapitalismus sprengte das zu eng gewordene Kleid des nationalen Marktes, um in die Welt hinauszugehen, und als Finanzkapital neue Absatzgebiete, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten zu suchen. Neben den handwerksmäßigen Klein- und Mittelbetrieb stellte die Entwicklung industrielle Riesenwerke, und dem qualifizierten Arbeiter erstand ein ungestümer Bruder im modernen Industrieproletarier.

Die Schranke der „friedlichen Entwicklung" ward sichtbar. Wirtschaftskrisen treten auf. Im Gefolge massenhafte Arbeitslosigkeit. Die fieberhaften Rüstungen des Imperialismus bringen immer neue Steuerlasten über die Arbeiterklasse, und jenes Bündnis der Bankiers und Kreuzritter — die Brotwucher! — hat bewiesen, daß das Ueberlebte, um die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Die „sozialpolitischen Errungenschaften" wurden immer magerer. Dazu am politischen Horizont stetige Gefahr kriegerischer Konflikte.

Jetzt setzt sich im Proletariat eine neue Differenzierung und Schichtung durch, und zugleich sprießen die ersten Keime taktischer Differenzen in der Arbeiterbewegung auf. Im Industrieproletariat, der in Massen in Riesenbetrieben zusammengeballt, den Druck eines starken und brutalen Kapitals ausgesetzt ist, wächst ein ganz neu gearteter Arbeitertyp heran, der den veränderten Kurs der kapitalistischen Entwicklung am deutlichsten fühlt, und dem er deshalb zuerst in seinen Zusammenhängen bewußt werden muß. Und während der Tramp nach Brüssel, Zürich und Amsterdam zu Grabe getragen beginnt, während breite Massen unter ganz veränderten Voraussetzungen zum Kampfe drängen, erhebt sich in der Sozialdemokratie der Streit um Taktik und Organisation. In den Massenstreikdebatten auf den Partei- und Gewerkschaftskongressen, in der Presse und in zahllosen Versammlungen kämpft der Linksradikalismus unter Luxemburg, Pannekoek, Karl Liebknecht und Mehring als Wortführer des Industrieproletariats gegen jenes sozialdemokratische Pfahlbürgertum, das, geführt von der Gewerkschaftsbürokratie, in den Schichten der Arbeiteraristokratie seinen Rückhalt fand. Worum ging der Kampf? Die Zeit war vorüber, wo eine handvoll mehr oder weniger geschickter Führer, gestützt auf gefüllte Streikkassen, am Verhandlungstisch Erfolg errang. Gegen die Riesenkonzerne und das zu Kampfzwecken koalierte Unternehmertum, konnten nur Massenkämpfe, die das ganze Wirtschaftsleben erschütterten, erfolgreich sein. Der brutalen Unterdrückungspolitik des Finanzkapitals nach innen und seiner gepanzerten Faust nach außen konnten nur politische Massenaktionen ein Paroli bieten. Jeder Kampf, mochte sein Ausgangspunkt wirtschaftlicher oder politischer Natur sein, mußte seine letzten Endes gegen die Staatsgewalt kehren. Um die Losungen und Formen dieser Kämpfe rang der Linksradikalismus mit der alten eingefleischten Führersippe, deren Bundesgenosse jene jahrzehnte alten Traditionen waren, nach denen der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Basis eines regelmäßigen, gesicherten Absatzes der Industrieökonomie geführt wird.

Zwischen die beiden kämpfenden Heerhaufen stellte sich als Wahrer des Hausfriedens das marxistische Zentrum. Was sich die Kautsky vorher, in der Zeit des tapitalistischen Aufstieges, an Marxverdrehungen geleistet hatten, wurde jetzt weit in den Schatten gestellt. Sie stempelten den Marxismus dahin um, daß aus der Wissenschaft von der revolutionären Aktion und ihren Bedingungen ein kraftloses Entschuldigungsgestammel für verpaßte Gelegenheiten wurde. Meister in marxistischer Silbenstecherei, ewig die Vergangenheit lezierend, und die zukünftige Entwicklung prophezeiend, hielten sie für die brennenden Kämpfe des Tages mit dem Wahlspruch: Alles verstehen heißt alles verzeihen! Sie lieferten die revolutionäre Phrase zur Beschwichtigung der Massen, machten die Theorie zur willfährigen Magd der Instanzen, und jenes anfeuernde Ideal des Sozialismus wurde bei ihnen zu einem breiigen Kleister, der über Tatenlosigkeit und Mißerfolge hinwegtröstete.

Was Wunder, daß die russische Revolution von 1905 dieser Sozialdemokratie nur der Beweis dafür war, daß es mit dem Sozialismus noch gute Weile habe. Die nicht der letzte Suahelineger mit Schnapsbuddel, Kruzifix und Syphilis zu den Segnungen dieser Zivilisation befehrt ist, können nur Revolutionsromantiker den Kampf um den Sozialismus wagen.

Was die Bernstein begonnen, halfen die Kautsky beenden. Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie hatte bei Ausbruch des Krieges einen solchen Grad erreicht, daß es nur eine Selbstverständlichkeit war, wenn die Partei auch offiziell ins Lager des Kapitals abschwenkte, und die proletarischen Massen und ihren Kampf endgültig fallen ließ.

Der August 1914 war die erste Liquidation der Sozialdemokratie.

Oktobertage 1917 in Petersburg

Von J. Reed.

III.

(Schluß.)

Am 23. Oktober nahm das Zentralkomitee der Bolschewiki in einer die ganze Nacht währenden Sitzung zur Frage des bewaffneten Aufstandes Stellung. Anwesend waren alle Intellektuellen der Partei, die Führer und die Delegierten der Petrograder Arbeiter und der Garnison. Von den Intellektuellen waren nur Lenin, Trotzki und Sinowjew für den bewaffneten Aufstand. Sofort die Militärfachleute lehnten ihn ab. Es wurde eine Abstimmung vorgenommen und der Aufstand vertagt. Da erhob sich mit wutverzerrten Zügen ein Arbeiter: „Ich spreche für das Petrograder Proletariat." Rasch erstarrt jeder, als er redet hervor. „Macht uns Ihr nicht, Ihr habt eine Frage — ich euch, wenn ihr gestattet, daß die Sowjets auseinander gejagt werden, dann sind wir mit euch fertig." Einige Soldaten schlossen sich dieser Erklärung an . . . Eine zweite Abstimmung wurde angenommen und — der Aufstand beschlossen.

Der rechte Flügel der Bolschewiki unter Rjasanow, Kamenew und Sinowjew sahen trotzdem fort, gegen die bewaffnete Erhebung zu polemisieren. Am Morgen des 31. Oktober erschien im „Rabotschi Put" der erste Teil von Lenins „Brief an die Kameraden", eine der lähmsten politischen Propagandaschriften, die die Welt je gesehen. Als Zeit die Einwendungen Kamenews und Rjasanows nehmend, trug Lenin hier alle Argumente zusammen, die zugunsten des Aufstandes sprachen. „Entweder müssen wir," schrieb er, „unsere Parole: „Alle Macht den Sowjets" fallen lassen, oder wir müssen den Aufstand machen. Einen mittleren Weg gibt es nicht . . . Die Regierung konnte sich der Beheutung des Erfolges der bolschewistischen Propaganda nicht verschließen. Am 29. Oktober erließ sie eine Kommission zur Prüfung der Regierung und des Rates der Republik in aller Hast zwei neue Gesetze, deren eines die vorübergehende Uebergabe des Landes an die Bauern bestimmte, während das andere die Einleitung einer energischen ausnahmsweisen Hetzkampagne bedeuten sollte. Einen Tag darauf beseitigte Kerenski die Lebensstrafe in der Armee. Am selbigen Nachmittag erfolgte die feierliche Eröffnung der ersten Sitzung der „Kommission zur Festigung des republikanischen Regimes und Bekämpfung der Konterrevolution und Anarchie", die allerdings in der jeweiligen Entwicklung nicht die geringsten Spuren hinterlassen hat . . . Am folgenden Morgen empfing Kerenski (das letzte Mal) die Reise Journalisten. „Das russische Volk," meinte er bitter, „leidet unter seiner ökonomischen Ermattung und den Enttäuschungen, die die Alliierten ihm bereiten! Die Welt gibt sich dem Wahn hin, daß die russische Revolution zu Ende sei. Ihre man sich nicht. Die russische Revolution steht erst an ihrem Beginn." Worte, prophetischer, als er selber gedacht haben mochte.

Am 30. Oktober fand eine die ganze Nacht währende ungemein stürmische Sitzung des Petrograder Sowjets statt, auf der ich zugegen war. Die gemäßigten sozialistischen Intellektuellen, Offiziere, Armeekomitees, das Zentralexekutivkomitee der Sowjets waren in voller Stärke erschienen. Gegen sie erhoben sich, leidenschaftlich und einfach, die Arbeiter und Bauern, ebenso die niederen Soldaten. Ein Bauer berichtete von den Unruhen in Tsarev, die, wie er sagte, durch die Verhaftungen der Landkomitees verursacht wurden. „Dieser Kerenski", rief er, „ist nichts anderes als ein Schlaß für die Grundbesitzer, die wissen, daß auf der Konstituierenden Versammlung wir uns den Land zurückholen nehmen werden, und die diese darum unmöglich machen wollen." Ein Maschinist von den Putilowwerken schilderte, wie die Oberstandesamt die Abteilungen, eine nach der anderen entfernen, unter dem Vorwande, daß man weder Feuerungsmaterial noch Rohmaterial hätte, während die Fabrikkommitees riesige Mengen an Materialien entdeckt hätten, die versteckt worden waren. „Das ist eine Provokation," sagte er. „Man will uns aushungern!" Ein Soldat begann mit den Worten: „Kameraden, ich überbringe euch Grüße von den Kameraden meiner Kompanie." Dann erhob sich, von mächtigem Beifallssturm begrüßt, ein langer, hagerer noch junger Soldat. Es war Krylenkowski, als in der Julitagen gefallen gemeldet und jetzt mit einem Male von den Toten auferstanden: „Die Soldatenmassen trauen ihren Offizieren nicht mehr. Sogar die Armeekomitees, die es ablehnten, unseren Sowjets zusammenzurufen, haben uns verraten. Die Massen der Soldaten bestehen auf die Einberufung des Sowjetskongresses. Die es wagen sollten, ihn hinauszuschieben, werden ihre Strafe finden und nicht nur platonisch — die Armee hat auch Kanonen." Er berichtete weiter, wie die Offiziere, und besonders die Menschewiki und Sozialrevolutionäre alles tun, um jede Propaganda der Bolschewiki unmöglich zu machen. Man verbietet die Verbreitung unserer Zeitungen in den Schützengräben und verhaftet unsere Redner.

„Warum fragen Sie nicht über den Mangel an Brot?" rief ein anderer Soldat. „Ich sagt Ihnen, daß „der Mensch soll nicht nur von Brot leben," antwortete Tschudnowski ernst.

Ihm folgte ein Offizier und menschenähnlicher „Odoroncts", Delegierter des Wiborgsowjets. „Es handelt sich hier nicht darum, in wessen Händen die Macht liegt. Nicht die Regierung bedrückt uns, sondern der Krieg . . . und der muß gewonnen werden, bevor an irgend eine Aenderung zu bereten ist." (Lärm und ironischer Beifall.) „Die bolschewistischen Agitatoren sind Demagogen." (Allgemeines Gelächter.) „Laßt uns nur einen Monat lang den Klassenkampf vergessen." Weiter kam er jedoch nicht. Ein Sturm brach los, und er mußte abtreten.

Petrograd hat in jenen Tagen ein eigenartiges Schauspiel. Die Kommiteeräume in den Fabriken von Waffen starrend. Ein unaufhörliches Kommen und Gehen von Kurieren. Ueberall ergreifende Reden. Die Kasernen jeden Abend für Abend Versammlungen und tagsüber heiße Diskussionen. Die Straßen, gegen den Abend zu, sich mit riesigen Menschenmassen füllend, die den Rausch auf und nieder tisteten und sich um die herauskommenden Zeitungen rissen. Raubanfälle mehren sich in einem Maße, daß gefährlich war, sich in die Nebenstraßen zu wagen. Auf der Sadowaja sah ich eines Nachmittags, wie eine Volksmenge von einigen hundert Menschen einen beim Stehlen ertappten Soldaten niederschlug und zu Tode trampelte. Geheimnisvolle Anbiedereien fielen vor, wie die in der Kälte stundenlang nach Brot und Milch anstehenden, vor Frost zitternden Frauen herum, indem, daß die Juden die Lebensmittel auf die Seite brächten, und daß, während das Volk hungerte, die Sowjetmitglieder in Luxus schwelgten.

Das Smolny-Institut wurde aufs schärfste bewacht. Niemand konnte hinein und heraus, der keinen Passierschein hatte. In allen Komiteeräumen herrschte geschäftiges Leben den ganzen Tag hindurch, und auch des Nachts waren bei Hunderte von Arbeitern und Soldaten, auf dem nackten Boden schlafend, wo immer sich ein Plätzchen bot.

In der Stadt taten sich zahllose Spielklubs auf, die bis zum Morgengrauen in Betrieb waren, wo der Champagner in Strömen floß und Einsätze von 20 000 Rubeln keine Seltenheit waren. Im Zentrum, in den Cafes sich drängende, auf den Straßen prominierende Dirnen, juwelen- und pelzgeschmückt.

Monarchisten, Spekulanten, deutsche Spione, Schmuggler, die ihre Unternehmungen vorbereiteten.

Und in den kalten Regen, unter unfreundlichem, grauem Himmel, die große Stadt, Petrograd, verstoßend schneller und schneller dem — Ungewissen zueilend.

(Entnommen dem Buche: John Reed: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten." Verlag Hoym Nachf., Hamburg. Organisationsausgabe 100 Mark broschiert.)

Politische Rundschau

Ereignisse und Gestalten

Das Glaubensbekenntnis eines Sozialdemokraten

Herr Präsident!

Ich danke Ihnen für die Mitteilung des Beschlusses des Reichstags, der in Anberung der bisherigen Verfassungsbestimmung das mir auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt übertragene Amt des Reichspräsidenten auf der rechtlichen Grundlage der Reichsverfassung erneuert und in seiner Dauer verfassungsmäßig festgelegt hat. Haben Sie aus aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte, die Sie in Verbindung damit an mich gerichtet haben.

In der Zeit schwersten Schicksals Deutschlands habe ich das Amt des Reichspräsidenten übernommen; ich tat es nur in dem Bewußtsein, meine Pflicht tun zu müssen gegenüber den Volksgenossen, die mir in der Zeit friedlicher Entwicklung so zerfliegen beginnt, während breite Massen unter ganz veränderten Voraussetzungen zum Kampfe drängen, erhebt sich in der Sozialdemokratie der Streit um Taktik und Organisation. In den Massenstreikdebatten auf den Partei- und Gewerkschaftskongressen, in der Presse und in zahllosen Der Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände hat einen Umfang angenommen, der für die gesamte werktätige Bevölkerung unerträglich geworden ist. Die ernsten Gefahren, die aus der Verelendung der breiten Arbeiterschaft und breiter Mittelschichten erwachsen, rechtfertigen, daß ein gewählter Vertreter der Betriebsräte, die den Kampf gegen die Teuerung begonnen haben, gehört wird, ehe ein so folgenschwerer Beschluß gefaßt wird, wie er noch den Veröffentlichungen über die Kommissionsberatungen in Aussicht steht.

Wir haben eine Abschrift dieses Briefes mit der Bitte um Unterstützung unseres Wunsches an die Fraktionen der MSPD., USPD. und KPD. gesandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez.: Grothe.

Und nachdem du dies gelesen hast lachst du wieder. Warum? Das ist schwer zu sagen. Es gibt eine Art von Naivität und Dummheit, die eben zum Lachen reizt, um so mehr, wenn du im Geist irgend einen Trottel mit wichtiger Miene, einer großen Aktentasche und hohlen Kopf vor dir siehst, der den ganzen Abend dich fest: „Mit vorzüglicher Hochachtung! gez.: Grothe." und immer basteln prappelt und immer wieder die Zeitung aufschlägt und — die verkörperte Bedeutungslosigkeit ist. Du lachst über die Beschränktheit. Denn dieser Mann weiß ja nur „gehört" werden. Sachverständiger. Du lachst schließlich, wenn du bandgerüstet liest, daß die KPD. dieser Bescheidenheit eine Abschrift dieses „Briefes der Betriebsräte" übergab mit der Bemerkung, daß er um die und die Zeit in den Händen der Reichspräsidenten und der Fraktionen der „drei sozialistischen Parteien" sein muß, daß ihn nicht verstimmt werden darf, daß es besser wäre, die KPD. schickt ihn gleich selbst ab, damit kein Unfug vorkommt — weil er schon gesetzt wird in der Abendausgabe erscheint.

Aber nachdem du diese hohlen Köpfe mit den großen Mäulern und ihren großen Aktentaschen und daneben die geriffenen Drahtzieher, die zu allen Gemeinheiten fähig sind, dir noch einmal vorstellt, und siehst, wie primitiv und dumm und trotzdem, mit welchem Erfolg die Arbeiterschaft sich einfeifen läßt, kann du dich lachst du nicht mehr. Dann fällt dir ein, daß es außer Kommunismus noch eine gibt: Untergang.

„Gute Arbeit eines Kontrollausschusses"

„Daß Kontrollausschüsse, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind, wirklich praktische gute Arbeit zu leisten in der Lage sind, beweist folgendes:

In Hornhausen, Bezirk Magdeburg, fand am Sonntag, den 15. Oktober, eine Sitzung zwischen den Mitgliedern des Kontrollausschusses und Gewerkschaftskartell einerseits und den Gewerbetreibenden andererseits statt, um gegen den unerhörten Wucher Stellung zu nehmen. Genosse Heinemann (SPD.) wandte sich scharf gegen das Geschäftsgebaren der Geschäftswelt und Kollege Lampe (ZBD.) vom Bergarbeiterverband legte den Standpunkt der Arbeiterschaft klar. Es kam zu einer scharfen aber sachlichen Auseinandersetzung. In folgender Resolution wurde das Ergebnis aus dieser Sitzung festgelegt:

In der am 15. Oktober 1922 vom Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und den Geschäftsleuten wird scharfer Protest erhoben gegen die Ausmuselung der Arbeiterklasse. Die Regierung wird aufgefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um der Bewucherung ein Ende zu bereiten. Die Versammelten fordern, daß die Kontrollausschüsse mit Polizeigewalt ausgestattet werden, die darüber zu wachen und zu verhindern haben, daß eine Bewucherung der Arbeiterklasse stattfindet.

Die Geschäftswelt von Hornhausen schloß sich notgedrungen diesem Protest an. Von den anwesenden Geschäftsleuten wurde noch betont, daß in erster Linie bei den Großisten und Fabrikanten die Kontrolle eingesetzt werden muß. Der Kontrollausschuß von Hornhausen, der es verstanden hat, für die Arbeiter billiges Brot, unentgeltlich Wetzen und billige Kartoffeln zu verschaffen, arbeitet vorbildlich und ruft jetzt Kollegen in Stadt und Land zu:

Schafft Kontrollausschüsse!

arbeitet so wie wir, dann werden wir eher mehr zu leisten in der Lage sein wie Regierung, Gemeindebehörde und Gewerkschaftsführer."

Das ist nur einer der vielen „Beweise", daß die „Kontrollausschüsse" „gute" Arbeit leisten, und steht in der „Roten Fahne" vom Mittwoch, den 25. Oktober, abends. Es ist wirklich unbegreiflich, daß die Arbeiterschaft keine Kontrollausschüsse wählt. Geschäftsleute, Fabrikanten usw. als forderte Kontrollausschüsse, um endlich nachzuweisen, daß sie die Arbeiterschaft nicht „bewuchern" sondern, daß sie nur die Preise nehmen, die sie nehmen müssen, und nur soviel Profit herausschlagen, daß sie ihr Geschäft halten können. Den Geschäftsleuten ist es sehr leid, daß die Proletarier „aber bitte schön, überzeugt euch: Hier ist Einkauf, hier Verkauf, hier Spesen, hier erhöhte Arbeitslöhne, erhöhte Lebenshaltungskosten, Miete, Steuern, Leb mir selbst bewuchert werden usw. usw. Also — nehmen wir eine gemeinsame an. Der Vertreter der SPD. hat den Standpunkt der Arbeiter sehr gut vertreten (sonst vertritt ihn gewöhnlich die KPD.). „Wir sind alle einig." Parole: Nieder mit dem Wucher! Doch die anständige Geschäftswelt Es ist eine Aufgabe wäre allerdings für die Kontrollausschüsse zu lösen: zu untersuchen, für wie viele von diesen Schutzkäufern, die ansichtend weiter keine Beschäftigung wissen, als groben Unfug zu treiben, in den Kaltwasserheilanstalten oder Irrenhäusern noch Platz ist.

„Reichstags-Diktare"

Die Schlafwagenschaffnerfront

Unter dieser Schlagzeile veröffentlicht die „Morgenpost" vom 24. Oktober folgendes Schreiben der Berufsgenossenschaft:

„Ohne Sang und Klang hat der Reichstag am Sonnabend eine Vorlage verabschiedet, deren Zweck eine Annäherung der bisherigen Reichstagsdiäten an die veränderten Teuerungsverhältnisse war. Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Abgeordneten in Deutschland — im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Ländern — überhaupt keine Diäten bezogen, und vor allem vor der Bismarck, der sich mit allen Kräften gegen die Einführung von Diäten an die Abgeordneten wandte. Die einzige Folge dieser unverständlichen Haltung war, daß die Parteien vor allem ihre Abgeordneten für die Unkosten entschädigten, die ihnen durch einen längeren Aufenthalt in Berlin erwuchsen. Dann seit einige Jahre vor dem Kriege führt Bülow die Diäten durch, deren Bezahlung im einzelnen gewiß mehr an die Kontrolle lästiger Bittsteller als an den Ehrensold für Volksvertreter erinnerte. Immerhin ist es möglich, daß die Abgeordneten wenigstens verdorgerhand zum Reichstagsgebäude bemühen, um eine Entschädigung zu erhalten.

Ueber diese Zeiten pestgeborischer Gemütlichkeit ist wir heute hinaus. Die jetzt vom Reichstag verabschiedete Diätenvorlage stellt in einem Erstaunen Widerspruch zu der von allen Regierungsstellen und erst recht von Parteien gepredigten Sparsamkeit. Die Diätengesetze werden im Reichstag jedenfalls im Eilzugstempo ohne jede Debatte verabschiedet, was für die Abgeordneten die angenehme Folge hat, daß die Wähler von den Einzelheiten dieser Gesetze nichts erfahren. Aber es liegt gerade im Interesse eines volkstümlichen Parlamentarismus, den Bürgern nichts zu verstreichen, der zwischen den Taten und den Worten der Herren Reichstagsabgeordneten besteht. Sie haben sich am Sonnabend eine Entschädigung von monatlich 35 000 Mark bewilligt, mögen rund 12 Prozent Teuerungszulage und dem Abgeordnetenbrief bei Kollegen neten etwa gleichstehenden Beamten einen Betrag von 6000 Mk. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, denn das Leben in Berlin ist teuer, und wer in einem Hotel wohnen gezwungen ist, wird diese 40 000 Mark oder auch mehr aufbringen. Das Bedenkliche an der Sache ist aber, daß, wenn in einem Monat nur ein über

Komm. Arbeiter-Partei Deutschlands

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Winterhalbjahr 1922—23

Lehr-Kurse

Kursus I: Historischer Materialismus.

Kursus II:

Die Gewerkschaftsbewegung von ihren Anfängen bis zu den freien Gewerkschaften.

Beide Kurse umfassen je acht Abende.

Nach Beendigung findet für die Teilnehmer ein Kursuswechsel statt, so daß die Hörer beide Vorträge hören und der Gesamtlehrgang 16 Abende umfaßt.

Teilnehmergebühr für alle 16 Abende 50 Mk. Beide Kurse beginnen am Sonnabend, den 4. November 1922, abends 7 Uhr, in der Schule Gipsstraße.

Die Genossen, die als Lehrkräfte tätig sind, bieten volle Gewähr für sachgemäßen Unterricht, aber auch die Wichtigkeit der beiden Themen machen es jedem Partei- und Unionsgenossen zur Pflicht, die beiden Kurse zu besuchen. Es wird eine zahlreiche Beteiligung erwartet.

Eure Aufgabe ist es, für Nachwuchs zu sorgen, und erfreulicherweise schreitet auch die KPD. vorwärts auf dieser Bahn, und sollte Oder sterben, so ist Klara schon vorbereitet. Wahrhaftig, der angesichts solcher Erfolge, daß die gesamte Bourgeoisie sich nach den Sozialdemokraten reißt, nicht spontan selbst in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" einstimmt, der ist kein Sozialist, nicht würdig diesen Namen zu tragen. „Denn das ist das Große, Herrliche auf der Welt: der Mann kann stehen, wenn das Banner auch fällt!"

Der „Sozialismus" marschiert in diesen Wochen rascher als sonst, und wird zwangsläufig sein Tempo verschärfen, und wenn die deutschen Proletarier auf diesem Wege tapfer fortschreiten, so haben sie die tröstende Gewähr, daß sie bald am Ziele sind. Denn die Hälfte hat die Schwindelsucht schon.

Ein Treppenwitz

Du sitzt im dunklen Zimmer überdies seine Schuld.

vielleicht gar keine Sitzungen stattfinden und die Abgeordneten daheim bei Muttern ihrem Berufe nachgehen — der bisweilen sogar sehr einträglich sein soll — sie erhalten trotzdem 40 000 Mk. bezahlen, da infolge einer bewußt verschwommenen, raffiniert unklaren Gesetzesform diese 40 000 Mark monatlich ohne jede Prüfung und ohne Rücksicht darauf ausgezahlt werden, ob in dem betreffenden Monat auch nur eine einzige Sitzung in Berlin stattgefunden hat. Dazu kommt, daß die Abgeordneten auch in der Zeit, wo gar keine Sitzung stattfindet, auf Grund ihrer Freikarte die erste Wagenklasse in den D-Zügen benützen und auf Kosten des Reiches ihre privaten Geschäfte erledigen können. Diese Beigabe der Freifahrt ist so wertvoll, daß wohl eingroßer Teil der Abgeordneten auf das Mandat überhaupt verzichten würde, wenn die Freifahrt nicht bestände.

Es spricht greifs für die Geschäftigkeit vieler Abgeordneter, daß sie nachts im Schlafwagen fahren wollen. Hier aber zeigt sich erneut die Wahrheit des Sprichwortes, daß mit dem Essen der Appetit wächst: keine Sitzung im Monat, infolgedessen keine besonderen Auslagen, dazu 40 000 Mark durch Postscheck von Berlin zugesandt und nun noch — das ist das neueste Verlangen der Abgeordneten — freie Fahrt auch im Schlafwagen! Der Schlafwagen ist gewiß eine fabelhafte Angelegenheit, denn die Gebühr für seine Benutzung in der ersten Klasse beträgt jetzt 1500 Mark und in der zweiten Klasse 800 Mark für die Nacht. Aber man sollte meinen, daß Abgeordnete, die für gar keine aber doch nur sehr wenige Sitzungen im Monat 40 000 Mark und darüber beziehen, wenn sie unbedingt Schlafwagen benützen wollen; jeder beanspruchte für sich allein ein Schlafabteil, also 1. Klasse.

Die ganze Geschichte klingt kurios, aber sie ist bezeichnend für die Epoche, die in dieser ernsten Zeit unter den deutschen Volksvertretern herrscht. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit noch mehr darauf zurückzukommen. Es gibt — das wollen wir nicht verkennen — auch Reichstagsabgeordnete, die das Beschämende und Widersprachvolle dieser Zustände selbst empfinden und unter vier Augen offen zugeben. Warum aber haben sie nicht den Mut, die schäbig unrühmliche Einheitsfront zu durchbrechen, die in der Diäten- und Schlafwagenfrage — aber auch nur da — von Hergt bis Korsen geht.

*

Dem Morgenpostschreiber kommt natürlich nicht zum Bewußtsein, daß seine Tätigkeit aus demselben Fonds bestritten wird, wie die der Hypodromennesser am Königsplatz. Wenn er in dem Ressort für Volksverbildung, in dem er seine Tätigkeit entfaltet, erheblich schlechter bezahlt wird, so liegt dies nicht daran, daß die „Herren Abgeordneten" sich mehr anstrengen oder mehr Grütze im Kopf haben müssen, sondern einfach daran, weil die Differenzierung in der Lebenshaltung zwischen den „Volksvertretern" und dem „Volk" eine möglichst große sein muß, um den Parlamentarismus (auch den „revolutionären") fest zu verankern, und dessen Nutznießerei nachzuweisen. Was nützt denn der „revolutionäre" Parlamentarismus ohne 40 000 Mark und Schlafwagen? Gewöhnliche Tintenkulis gibt es genug, dazu sind keine großen Summen nötig. — Aber Köpfe, die aus dem Proletariat hervorgingen, und sich das Vertrauen der Klassenbewußten erstritten haben, sind eben teurer. Und da eben die Bestechung derselben im Interesse der Konterrevolution notwendig ist, muß man eben in den Beutel greifen. — Letzten Endes bezahlen dies doch die von der „Volksvertretung" Beglückten alles selbst. Die gewöhnliche Schmutzpresse und deren Schmierfinken haben natürlich ihre Aufgabe darin, die kleinen Ständlichen so recht rührselig aufzuzählen, um denen, die noch auf dem geistig niedrigsten Niveau stehen, etwas zum Kratzchen vorzusetzen. Das revolutionäre Proletariat jedoch weiß, daß Schmutzsucht, Starbut, Schlafwagen mit den Abgeordneten, Hakenkreuzlern, Gewerkschaften, Bestechung, Lug und Trug und alle die, die in diesem Sumpf herumwühlen, zusammen die gottgewollte bürgerliche Ordnung bilden, die jetzt im Zusammenbruch ihre sinkenden und gähnenden Rissen an die Oberfläche treibt, und daß er diesen ganzen Plunder auf den Schindanger werfen muß, wenn er nicht ersticken will.

Kriegserklärung des Kapitals

Um den Achtstundentag

Fast bis zum Ende des 3. Quartals dieses Jahres erhielt sich die Parallele: sinkende Valuta — sinkende Arbeitslosigkeit. Jedes Sinken der Mark drückt den Reallohn herab. Bis die Proletarier eine Erhöhung des Lohnes durchgesetzt haben, sinkt die Mark weiter und so arbeiten sie immer für einen Lohn, der unter dem Stande — am jeweiligen Warenpreis gemessen — der vorigen Reallohnhöhe liegt. Diese Lohndifferenz erhält jeweils den Profit des Kapitals und so ist ihm stets die Möglichkeit gegeben, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die Industrie ist beschäftigt und der Proletarier hat Arbeit. Die amtliche Statistik nennt am 1. April 1922 116 000 unterstützte Vollerwerbslose. Am 1. Juli war die Zahl auf 19 000 und im September war sie unter 120 000 gesunken. Das war der niedrigste Stand seit Kriegsende. Diese Statistik hinkt zwar auf beiden Beinen; die Erwerbslosenunterstützung ist durch so viel Drahtverhaue gesperrt, daß es nur Wenigen gelingt, sie zu erreichen. Außerdem ist sie so niedrig, daß sie keinen besonderen Reiz bildet. Immerhin ist die Statistik ein Gradmesser, wenn die wirkliche Zahl auch um das Mehrfache erhöht angesetzt werden muß.

Auch im Auslande ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, wenngleich dort noch mit Millionen-Arbeitslosenheeren zu rechnen ist. Zu derselben Zeit — im Sommer d. J. — als in Deutschland 0,7 Prozent Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren, waren es in Schweden 29 Prozent und in England 16,4 Prozent. Amerika hat keine Statistik; es dürfte sich aber zwischen diesen beiden Zahlen bewegen. Relativ aber schlechter steht es mit den anderen hochvaluta-rischen Staaten.

Mit der sinkenden Arbeitslosenzahl ist die Produktion — im Weltmaßstab gesehen — aber nicht gestiegen, wie die Exportziffern der verschiedenen Handelsstaaten beweisen. Wohl sind Verschiebungen eingetreten, die aber am Gesamtbild nichts ändern. Vermehrte Ausfuhr irgend eines Staates auf irgend einem Warengebiet, rief beim Konkurrenten stets einen Rückgang hervor.

Seit Ende vorigen Quartals ändert sich in Deutschland aber das Bild; trotz ständig sinkender Mark steigt die Arbeitslosigkeit langsam aber beständig an (desgleichen in England und anderen Staaten mit hoher Valuta). Langsam aber sicher geht der Export und die Aufträge aus dem Auslande zurück und der Konsum im Inlande. Schon für den Monat September ist aus den vielen aber unklaren amtlichen Statistiken, eine Zahl (die Unterstützten eingeschrieben) von 170 000 vollerwerbslosen Arbeitskräften herauszurechnen. Viele Werke arbeiten Notarbeiten auf und neue kommen nur spärlich herein. Die Zahl der Vollerwerbslosen dürfte im Augenblick sicher schon 200 000 überschreiten haben, denn auch diese amtlichen Statistiken erfassen lange nicht die wirkliche Zahl. Fast eine Million Menschen dürften schon gegenwärtig zum großen Teil vom Konsum ausgeschaltet sein. Die Arbeitslosenzahl muß aber künftig viel schneller steigen. Viele Werke arbeiten Notarbeiten und neue kommen schon gesperrt. Selbst in einigen Bergbauunternehmen werden nur noch gelöste, dem Bergbau wieder zuströmenden Arbeiter eingestellt. Landwirtschaft und Baugewerbe beenden die Saison. Während die dem Weltmarktpreis nacheilenden Inlandspreise den Export erschweren, geht der Inlandskonsum infolge steigender Arbeitslosigkeit und Entwertung des Lohnes zurück. Die Produktion muß naturnotwendig beschränkt werden, da der Absatz zurückgeht.

Welches sind nun die Gründe, aus denen Kapital und Gewerkschaften gemeinsam um die Wette schreien: Vermehrung der Produktion; weg mit dem Achtstundentag? Die Gewerkschaften halten zwar im „Prinzip" am Achtstundentag fest, tatsächlich aber lassen sie ihn fallen. Nur die beim Kapital direkt angestellten „Arbeiterführer" und die von den Gewerkschaftskassen unabhängigen Theoretiker sind offen genug, auch grundsätzlich dagegen anzurennen. Wie reimt sich das zusammen: steigende Arbeitslosigkeit, Verlängerung der Arbeitszeit? Der gesunde Menschenverstand müßte daher zu umgekehrten Schlüssen kommen: um die Arbeiter wohl zu beschäftigen, müßte eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Der „gesunde Menschenverstand" ist aber auch von der Revolution umgewertet. Vom Proletariat ist er fallen gelassen; für das Proletariat denkt der Herr Führer und der denkt — zwar versucht gesund — bürgerlich, d. h. gesund im Interesse des Kapitals. Auch das Kapital hat seinen richtigen gesunden Menschenverstand. Es sieht den Tod vor Augen: den Untergang als Klasse. Die Profite sind bedroht, die Substanz schwindet. Eine Akkumulation, eine Kapitalanhäufung zur Reproduktion, zur Erneuerung der Produktionsmittel, hat seit 8 Jahren nicht mehr in genügendem Maße stattgefunden. Die auf allen Gebieten stattfindende Wertminderung, die im Marksturz zum Ausdruck kommt, vermindert auch die Substanz, die vorhandenen Kapitalien, die Produktionsmittel und Gebäude. Die drohende Ablaufstockung mindert den Wert noch mehr, denn Produktionsmittel haben nur einen Wert, wenn mit ihnen produziert und Profit geschaffen wird.

Der Brief des Professor Gruber an seinen Freund Mumm, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zugrunde gehen müssen, um die anderen am Leben erhalten zu können, bekommt Sinn und Bedeutung. Vor zwei Jahren wurde ihm noch weniger Bedeutung beigelegt. Herr Poincare hat neuerdings, vor einigen Wochen, wieder daran erinnert, daß Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel hat. Sonst rechnet die Bourgeoisie die Proletarier zwar nicht zu den Menschen; in diesem Falle aber sind unter den 20 Millionen Menschen die Proletarier gemeint. Die Sterblichkeit im Proletariat nimmt zwar stark zu, bis aber 20 Millionen verhungert sind, dauert eine ganze Weile. Unterdessen müssen auch die auf den Aussterbeetat gesetzten Proletarier ernährt werden. Sie zehren ebenfalls von der Substanz, die das Kapital als die einzige betrachtet. Diese Nahrung könnte zum Profit, zum Kapital geschlagen werden. Mit Gewaltmitteln läßt sich nichts machen. Die Arbeiterklasse könnte sich erheben und den Spieß umdrehen.

Mit der gewaltsamen Vernichtung größerer Massen befassen sich nur noch „rückständige" Völker. Der Kapitalismus, der sich schon in absteigender Linie befindet, ist darüber hinaus. Bei Strafe des plötzlichen Chaos in absehbarer Zeit, muß der Kapitalismus aber Mittel und Wege finden, die überflüssigen Esser zu beseitigen, um seine Lebensdauer zu verlängern. „Nach uns die Sintflut." Das einzige Mittel, daß die Handhabe bietet, ist die Arbeitszeitverlängerung. Einen Teil der Proletarier muß man sich erhalten, aber dieser muß, wie das Korrespondenzblatt des ADGB. sich ausdrückt: mehr arbeiten, weniger verbrauchen (Nr. 15, S. 230: Aus dem Arbeitsvertrag von zwei Personen werden drei - leben müssen).

Die Verminderung der Mark setzt den Lohn selbsttätig herab. Eine Drückung der Papiermarklöhne ist also nicht nötig. Wichtig ist nur, daß ein Teil der Proletarier seine Leistung um ein Bedeutendes steigert. Bei der erbärmlichen Lebenshaltung ist das in 8 Stunden nicht möglich. Folglich muß die Arbeitszeit verlängert werden. Die abfassende „Konjunktur" und die verlängerte Arbeitszeit drängen große Massen aus dem Produktionsprozeß und schaffen Lohndrücker. Ist die Geschichte erst im Gange, läuft sie wie ein Automat. Dann kämpfen die Proletarier untereinander durch Lohndrückerei und freiwillige Längerarbeit um die Arbeitsplätze. Das Kapital ist der Sache überboden. Das ist der tiefere Sinn der Verlängerung der Achtstundenzeit.

Es geht bart auf hart. Das Kapital bietet weiter wie das Proletariat. Seine Marxisten, die früheren Wirtschaftstheoretiker des Proletariats, haben ihm die Gesetze aufgezeigt, nach denen es mit der Präzision des Naturgesetzes zerschellen muß, wenn es nicht zu dem einzigen Mittel greift, daß seine Lebensdauer verlängern kann. Der Krieg hat die Maschinen in die Ecke gestellt und kämpft mit wirtschaftlichen Mitteln weiter. Der Klassenkrieg, in dem nur die Bourgeoisie aktiv ist, muß grausamere Folgen zeitigen als der Krieg der Nationen 1914—1918. Der Brief des Herrn August Thyssen an den Reichskanzler, den wir in Nr. 78 veröffentlichten, läßt keinen Zweifel darüber, daß das Kapital auch vor den brutalsten Gewaltmaßnahmen nicht zurückschrecken wird. Die Gesetzgebung der Republik, vom Betriebsrätegesetz über die hunderte solcher Wische bis zur Deflsenverordnung, ist ein Netz, in dessen Maschen sich das Proletariat freiwillig gefangen gibt. Deshalb sagt Herr Thyssen: „Eingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden." Er weiß, daß das Proletariat hinter seiner Regierung steht und jede Verordnung unbedingt befolgt. Die weißen Garden stehen Gewehr bei Fuß und genießen das Wohlwollen der Organisationen des Proletariats. Die Gewerkschaften sind in ihren Grundfesten erschüttert. Ihre Lebensdauer läuft mit der des Kapitalismus zu Ende. Sie werden zusammen mit dem Kapital auf Leben und Tod kämpfen gegen das Proletariat als Klasse. Ihre Waffen sind die Gesinnungen, der Bildungsapparat und der Führerglaube der Proletarier. Ihre Zermürbungstaktik bereitet dem Kapital den Boden, die Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Der Versuch, die Beseitigung des Achtstundentages durchzusetzen, ist die Kriegserklärung des Kapitals an seinen natürlichen Klassenfeind, das Proletariat. Das Proletariat in seiner großen Mehrheit erkennt wieder seine Stellung und seine furchtbare Machtposition. Kapital und Gewerkschaften aber werden sie ihm einbläuen. Kapital und Gewerkschaften haben dem Proletariat den Fehdehandschuh hingeworfen. Es muß ihn aufnehmen. Gelingt es, dem Proletariat die Totengräberrolle der Gewerkschaften aufzuzeigen, daß es den Feind nicht als Freund behandelt, ist der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft. Denn kommen Kapital und Gewerkschaften unter ihre Trümmer zu liegen. Verkennt das Proletariat seine Rolle in der Revolution, wird das Kapital dadurch zwar nicht gerettet. Der Weg des Proletariats nach seinem Golgatha wird aber alles bisher in der Geschichte Dagewesene in den Schatten stellen.

Es geht ums Ganze. Es geht darum, ob das Proletariat seine Aufgabe erkennt und dem Kapitalismus den Garaus macht, oder ob beide als „Nation" „verbrüdert" zugrunde gehen wollen. Auch in diesem Falle kommt das Proletariat nicht um die Revolution herum, nur daß sie tausendfach grausamer und blutiger sein wird.

Ausland

Der weiße Terror

Italien

Mailand, 25. Oktober.

Der große Neapeler Faszistenkongreß wurde am Dienstag durch eine Rede Mussolinis eröffnet.

Er ging auf die Verhandlungen mit den Liberaldemokraten über eine

Beteiligung an der Regierung

ein und erklärte, daß die Faszisten ihren Eintritt in die Regierung von der Ueberlassung von fünf Ministerien abhängig machen, und zwar wollen sie das Außenministerium, das Kriegs-, das Marine- und das Arbeitsministerium, ferner das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Kommissariat für Luftschiffahrt mit ihren Leuten besetzen.

„Wir wollen," sagte Mussolini,

„die Monarchie stützen

und hoffen von der Monarchie, daß sie sich unserer Bewegung nicht widersetzen wird. Neben der Monarchie ist der Träger des Regimes das Heer. Unser Ideal ist die Größe der Nation, mehr in geistigem als in faszialem Sinne. Wir wollen die Arbeitermassen neu erziehen."

Eine Probe der „Neuerziehung" haben diese Banditen bereits geliefert, wie folgende Meldung zeigt:

TU. Rom, 25. Oktober.

„Bei einem Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und den Faszisten in Rapallo, die die Straßen räumen wollten, wurden 16 Personen durch Schüsse verletzt."

*

TU. Mailand, 27. Oktober.

Da die Faszisten von Pisa die allgemeine Mobilmachung angeordnet haben und sich zum Marsch auf Rom rüsten, ist die öffentliche Sicherheit in Rom den militärischen Behörden unterstellt worden. In Rom werden umfassende Maßnahmen erwartet. Auf mehreren Plätzen sind Truppen und Maschinengewehre aufgestellt.

WTB. Rom, 27. Oktober.

Das Kabinett hat nach Prüfung der politischen Lage seinen Rücktritt beschlossen.

*

Polen

Warschau, 23. 10. (Rtb.)

„Robotnik" macht Enthüllungen über eine Organisation der polnischen Nationaldemokratie, die deutlich auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg und Pogrome gegen alle anderen Nationalitäten hinweisen.

Die bevorstehende Wirtschaftskatastrophe, die sich in allen Ländern auswirkt, findet die Bourgeoisie überall gerüstet. Die Bourgeoisie hat aus den Erfahrungen der Revolution zu lernen gewußt, und sie hat diesmal nicht mehr die Hilfe der Sozialdemokraten nötig.

In allen Ländern: Italien, Ungarn, Polen und vor allen Dingen Deutschland, die demokratische aller Demokratien nicht zu vergessen, rüstet das Kapital zur entscheidenden Schlacht. Wenn Thyssen an den Reichskanzler schreibt: „Wir müssen das Volk gegen seinen Willen befreien, und jeden Widerstand mit Gewalt brechen", um im Interesse der „Befreiung" die fünfzehnstündige Arbeitszeit einzuführen; wenn Glöckner sagt: „Es wird die Zeit kommen, wo uns der Hunger dazu zwingen wird", so ist dies nichts anderes, als „die neue Erziehung", die der italienische Faszismus auf seine Fahne schreibt. Für das Proletariat ist jedoch trotz alledem diese Frage kein besonderes Problem. Das Kapital wird seine Schweinshunde so lange in Ketten legen, so lange die Arbeiterschaft kuscht. Jedoch da, wo die Krisis unerträgliche Folgen für das Proletariat zeitigt, ist die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage gegen diese Banden aufzutreten, weil in dem Moment, wo der Hunger große Massen des Proletariats aufpeitscht, die demokratische Republik mit diesen Banden fällt und fällt, weil diese Banden gegen das Proletariat gebraucht werden, gegen den gemeinsamen Feind.

In dem Moment, wo die Ordnung in Gefahr ist, wird alles aufstehen, von den Gewerkschaften bis zu Ludendorf, und in der Praxis werden die weißen Banden herrschen wie immer. Sie fallen, und können nur fallen, wenn das Kapital fällt, wenn die Arbeitermassen die Kraft aufbringen, durch den roten Terror jene fluchbeladene Gesellschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Diejenigen Proletarier, die heute noch glauben durch „Arbeiterregierung" und „Produktionskontrolle" der Entscheidung ausweichen zu können, werden eine furchtbare Enttäuschung erleben. Es gibt nur einen Weg! Das ist die Loslösung von allen demokratischen und reformistischen Illusionen, und der Zusammenschluß zum Kampf um die Diktatur des Proletariats. Und es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Denn daß die organisierte Konterrevolution nicht aus purem Uebermut ganz offen ihre Vorbereitungen trifft, das dürfte doch bald auch dem letzten Proletarier seiner schon die wirtschaftliche Entwicklung zum Bewußtsein bringen.

Mitteilungen

Arbeits-Ausschuß- und Bezirksleiter-Sitzung nicht Montag, sondern Dienstag, den 31. Oktober.

13. Bezirk. Funktionärversammlung am 13. Bezirks, Charlottenburg, Wallstraße 23, Dienstag, den 31. Oktober, 7.30 Uhr.

18. Bezirk. Albert Hirsch, Altershof, ist wegen Interessenlosigkeit aus der Partei ausgeschlossen, desgleichen Franz Gola, Grünau.

An die Bezirke

Wir bitten darum, einige Mitteilungen und Notizen für den „Kampfruf", in Zukunft direkt an die Redaktion beseitigen zu senden, da wir keine Gewähr für rechtzeitige Vermittlung übernehmen können. Die Red.

Oeffentliche Quittung

Es gingen für die „AAZ." ein:

Von Hilfsfeuerwehr 2500 M., Heidelberg 400 M., Chemnitz 120 M., Zella-Mehlis i. Thür. 120 M., Altona 1500 M.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehers, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Gustav Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei, Berlin S. 42, Oranienstr. 160.

3. Jahrg. Nr. 80. Preis 17,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenverkauf und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—5Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 20793

Abonnementspreis für Groß-Berlin 150 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 200,— M. monatlich, nach dem Ausland 300,— M. monatlich.

Die Wirkungen des Sturzes von Lloyd Georges

Lloyd George hat seinerzeit als Vertreter des Finanzkapitals die rücksichtslose Durchführung der Niederringung des deutschen Kapitals mitten im Kriege übernommen. Die Regierung Asquithe zeigte sich in der Organisierung des Kampfes als viel zu schlapp. Man befürchtete, daß das in das Kriegsgeschäft investierte Kapital verloren gehen könnte. Der Krieg ist unter der Herrschaft des Finanzkapitals durchgeführt, und konnte nur mit dessen Mitteln finanziert werden. In ihm verschwendet sich der größte Teil des aufgespeicherten, nach einem Beteiligungsgesetz suchenden Kapital. Das Industriekapital erhielt auf diese Weise starke Beschäftigung, zugleich mit der Aussicht, durch Niederringung des Hauptkonkurrenten, ein erweitertes Absatzfeld zu gewinnen. Man muß sich einmal klar sein, daß in den Vorkriegsjahren das Industriekapital in jeder Beziehung vom Finanzkapital abhängig war. Diese Abhängigkeit wirkte natürlich auch auf das Finanzkapital in starkem Maße zurück, weil die Industrie den hauptsächlichsten Akkumulationsfaktor bildet. Lloyd George führte auch die ihm gestellte Aufgabe durch. Der Versailler Friedensvertrag bildet den Abschluß des mit den Waffen ausgetragenen Kampfes. Die weitere Aufgabe bestand darin, dieses Instrument auch für die Zukunft im Interesse des englischen Finanzkapitals zu handhaben. Während des Krieges waren das Ziel der Verbündeten ganz einheitlich. Es bestanden keine Unstimmigkeiten. Diese Geschlossenheit fiel in der Minute, als es galt, die Friedensbedingungen aufzustellen. Es mußten die Unterschiedsgegensätze zum Vorschein kommen. Eine Auseinandersetzung wurde immer unvermeidlicher, je stärker sich die Nichtwirkungen des Friedensvertrages, welcher auf der Grundlage der gemeinsamen Ausbeutung der deutschen Wirtschaft aufgebaut war, zeigten. Der deutsche Ausverkauf wirkte anders auf die englische, als die französische Wirtschaft. Dies hing einerseits mit der Struktur dieser Wirtschaften, anderseits mit dem Grad der Inanspruchnahme durch den Krieg zusammen. Die französische Wirtschaft war im stärkeren Maße Eigenwirtschaft mit geringer Exportmöglichkeit und Notwendigkeit, während Englands Wirtschaft zum größten Teil auf der Notwendigkeit einer umgekehrten Ausfuhr von Industrieprodukten aufgebaut war. Dazu kam der starke kontinentale Charakter Frankreichs und die direkte Nachbarschaft mit Deutschland. Das mehr internationale englische Finanzkapital erkannte die ungeheure Gefahr, die in der Fortsetzung der Belastung der deutschen Wirtschaft lag, ziemlich früh. Es suchte daher, mit allen Mitteln eine Abschwächung der Bedingungen herbeizuführen, um die so notwendige Entspannung der noch immer bis an die bewaffneten europäischen Mächte zu erreichen. Die einzige Möglichkeit dazu, erblickte es in der Stärkung der deutschen Wirtschaft, in dem Zwange mit der gleichen Belastung zu arbeiten, wie die übrigen europäischen Mächte. Es konnte sich diese Haltung leisten, da seine Wirtschaft noch verhältnismäßig intakt war, was sich äußerlich in einer fast auf dem Goldstande stehenden Valuta zeigte. Es brauchte nicht Zuschüsse aus der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig bedeutete eine Kräftigung Deutschlands ein Gegengewicht gegen die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent. Das französische Kapital hatte dagegen, da seine Wirtschaft durch den Krieg außerordentlich gelitten hatte, und dadurch der Frank auf vier Zehntel seines Vorkriegswertes gesunken war, alles Interesse, aus der deutschen Wirtschaft so viel als möglich herauszupolen. Da das deutsche Kapital anfangs offenen, dann passiven Widerstand leistete und mit allen Mitteln sich um die Zahlungen drückte, sah sich das französische Kapital genötigt, immer schärfere Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Dem mußte das englische Finanzkapital heftigen Widerstand entgegensetzen. Seine Position war infolgedessen schwach, als sich formell das französische Kapital auf die Abmachungen im Versailler Vertrage berufen konnte und es auf zähen Widerstand stieß. Dazwischen waren die Rückwirkungen auf die englische Industrie immer stärker. Die Arbeitslosigkeit stieg horrend. Das englische Finanzkapital hatte zwar seine Gewinne einigermaßen gesichert. Seine Anlagen im Auslande warfen auch weiterhin hohen Profit ab. Ein großer Teil der deutschen Ausfuhr ging durch seine Hände. Die Schiffahrt brachte infolge der Zerstörung der deutschen Handelsflotte noch verhältnismäßig gute Gewinne. Die deutschen Werten gingen durch die Hände des englischen Handels. Der Ausfall der englischen Industrie konnte so einigermaßen verschleiert werden. Unter diesen Umständen traf die allgemeine Wirtschaftskrise das englische Finanzkapital nicht so hart. Dagegen war es sich klar, daß die Durchsetzung eines größeren Absatzmarktes für die Industrie unvermeidlich zu einer Kräfteverschiebung zu seinem Ungunsten führen mußte. Sein Plan war, langsam die kontinentale europäische Wirtschaft in sich zerfallen zu lassen und auf diese Weise zu kolonisieren. Als sich der Eintritt der beabsichtigten Wirkung nicht einstellte, und im Gegenteil die Position des französischen Kapitals infolge der inneren englischen Schwierigkeiten immer stärker wurde, so setzte sich, besonders unter dem Eindruck der Orientkrise, die Ansicht durch, daß diese Kalkulation unrichtig sei. Die dadurch innerhalb des Finanzkapitals bestehende Unsicherheit benutzte das Industriekapital den Sturz Lloyd Georges durchzuführen. Die Abdankung ist aber keineswegs gleichbedeutend mit dem Sturz des Finanzkapitals. Dieses sieht sich nur gezwungen, seine einseitige Interessenpolitik auf eine breitere Grundlage aufzubauen, da sie dadurch hervorgerufene jahrelange Arbeitslosigkeit in der Industrie zu starke innerpolitische Rückwirkungen zeitigte. Die Reserven des englischen Proletariats waren dadurch fast aufgezehrt. Dem englischen Industriekapital ging es fast ebenso. Es hätte bedeutendere Zuschüsse des Finanzkapitals bedurft, um nicht die englische Produktion vollkommen verfallen zu lassen.

Um diesen Anforderungen zu begegnen und insbesondere auch die Verantwortlichkeit abzuwälzen, entschloß sich das Finanzkapital abzudanken und dem Industriekapital die Führung zu überlassen. Es war sich dabei klar, daß eine Veränderung irgendwelche Entlastung nicht bringen konnte, und daß die schwerste Zeit, das Durchhalten, für das englische Proletariat anbrach. Die Uebernahme der Herrschaft hat das englische Industriekapital nicht seine Stärke, sondern der augenblicklichen Notwendigkeit einer Verschiebung der Verantwortung zum Zwecke der besseren Durchführung des Erschöpfungsplanes des Finanzkapitals zu verdanken. Dies zeigt an dessen, daß man sich sogar mit dem Gedanken trug, die englische Arbeiterpartei in die Regierung einzubeziehen.

Es ist ganz klar, daß das englische Industriekapital von dem Gedanken beherrscht wird, sich eine Zeitlang Beschäftigung zu verschaffen. Es galt deshalb vor allem Dingen das deutsche Dumping, d. h. die Ueberschwemmung mit deutschen Industrieprodukten, nach Möglichkeit einzuschränken. Die Ausführung dieses Planes konnte radikal nur bei einem Zu-

Soll es so weitergehen?

Hunderttausende stellen diese Frage, Hunderttausende sprechen aus: So kann es nicht weitergehen. Jedoch rein gesetzmäßig. Wohl können die deutschen Proletarier schier Unmögliches ertragen, ja sie müssen es ertragen. Denn der Schritt, der eine Erlösung bringen könnte, ist her übergroßen Proletariat erwartet von sich gar nichts, es erwartet auch von seinen Organisationen nichts. Das deutsche Proletariat wartet auf irgend etwas und irgend jemand, auf wen, das weiß es selbst nicht. Es schaltet sich als lebendiger Faktor selbst aus der Geschichte aus und meint trotzdem: so kann es nicht weitergehen." — Und es wird so weitergehen.

Es ist noch nicht lange her, da demonstrierten die deutschen Arbeiter gegen „die Reaktion" und für die Republik. Der Dollar stand auf 400. Seitdem ist die Republik stabiler geworden denn je. Eine große vereinigte Partei ist entstanden. Unzählige Punkte wurden aufgestellt. Heute steht der Dollar über 4000 und die Lebensmittelrationen des Proletariats sind um die Hälfte gekürzt worden. Es ist so weitergegangen, und wird so weiter gehen.

Es muß so weitergehen!

Denn was sich vor unseren Augen abspielt, daß ist der kapitalistische Zusammenbruch, der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, und es spielt gar keine Rolle, ob weiten Systems ist. Die kapitalistische Profitwirtschaft kann nicht mehr produzieren, sondern muß auf den Profit bedacht sein. Um Europa ist eine große Blockade gelegt, weil der Krieg nicht nur für Deutschland, sondern für Europa verloren ist. Die Nahrungsmittel in Europa reichen nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren. Und die Produktion kann nicht gesteigert werden, weil die veramten und immer mehr in die Barbarei hinabsinkenden Massen nichts mehr kaufen können. Aber arbeiten können sie noch, um den letzten Rest über die Grenzen zu schaffen. Und deshalb, weil die deutschen Waren noch billiger sind als in hochvalutarischen Ländern und für die deutschen und ausländischen Kapitalisten der Profit gesichert ist, deshalb geht der Ausverkauf weiter. Und weil die deutschen Kapitalisten ihre Waren in Deutschland selbst zu denselben Preisen abzusetzen suchen, deshalb geht die Teuerung weiter. Und weil mit der zusammenbrechenden Kaufkraft die Produktion eingeschränkt werden muß, deshalb steigt das Elend noch mehr. Und weil der Kapitalismus seinen Profit zu sichern weiß, trotz der geringeren Warenerzeugung durch eine Preisdiktatur, deswegen gedeiht und lebt der Kapitalismus trotzdem. Wohl ist er nicht mehr in der Lage, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, aber seinen Profit zu sichern, und darauf kommt es an. Und deshalb wird es so weitergehen, wenn das Proletariat nicht endlich seine Aufgabe erkennt.

Die dem Untergang geweihten Gewerkschaften und ihre Anhängerschaft verweisen auf den „Friedensvertrag". Blödes Gewäsch. Die einzigen Aufträge, die den hallverhungerten Arbeitern noch Beschäftigung geben, sind die „Sachleistungen", aus denen das deutsche Kapital seinen Profit schöpft. Selbst die famosen Gewerkschaften mit ihren „sozialen Bauhütten" sehen die einzige Möglichkeit, ihre Notwendigkeit zu beweisen, darin, sich als Fundeisfirmen zu etablieren. Der Friedensvertrag, geschaffen vom Kapital als ein Instrument zur Niederhaltung des Proletariats, ist die einzige Kraftquelle, aus der Gewerkschaften und Kapital Profit saugen. Mit dem Moment, wo der demokratischen Republik die Schuldner erlassen werden, fallen alle Aufträge fort. Dann gibt es nur Arbeit, wenn das deutsche Proletariat sehr viel billiger arbeitet und sehr viel mehr hungert wie andere Proletarier, und so die Konkurrenz aus dem Felde schlägt. Aber das Kapital kann die Produktion nicht mehr auf erweiterter Grundlage aufnehmen, es sei denn, daß es durch neue kriegerische Auseinandersetzungen den Gegner vernichtet, die halbe Welt in Trümmer legt. Dies ging nicht und wird auch in Zukunft nicht mehr gehen.

Deswegen muß das Kapital, um seinen Profit zu sichern, die Massen immer weiter in die Barbarei hinabstoßen. Die Proletarier aber haben sich mittlerweile von ihren Gewerkschaften restlos verblöden lassen. Wenn z. B. in Deutschland mit seinen 70 Millionen Menschen nur für 10 Millionen Fleisch erzeugt wird, so wundern sie sich, daß sie davon nichts abbekommen, sondern nur diejenigen, die eben bezahlen können. „Wir müßten 30 000 Mark haben" ist gewissermaßen der Weisheit letzter Schluß, als wenn dadurch auch die Ochsen — selbstverständlich die ehrbaren — mehr würden. Die Proletarier begreifen immer noch nicht, daß sie durch ihre eigene Arbeit diesen Vorrat dadurch jeden Tag vermehren, daß sie sich diese „Erfüllungsarbeit" ins Zeug legen, und durch ihre Gewerkschaften, die jeden Tag zweimal an die Hundehemmt (man nennt sie Arbeitsnachweise), mit dem Kapital verbunden sind und selbst dafür sorgen, daß es so weitergeht.

Aber auf den Gedanken, daß das Proletariat die Fabriken, die Produktionsmittel dem Kapital entreißen muß, auf diesen Gedanken kommen die deutschen Arbeiter mit ihrer gewerkschaftlichen Schulung nicht. Daß sie selbst als Klasse aufstehen, sich über den Berufsdünkel erheben und den Kampf aufnehmen müssen um die Macht, das fassen sie noch nicht. Mustergültige Demokraten, können sie ruhig mit ansehen, wie ihre Kinder von der Schwindsucht hingerafft werden, an der Mutterbrust verhungern oder in einem feuchten Loch an der Erde erstarren. Nur die Ruhe nicht stören, nur nicht selbst aus der Ruhe kommen. — Vielleicht geschieht ein Wunder.

Weiter rast die kapitalistische Bestie. Und mit dem Dollarkurs wetteifert Syphilis und Schwindsucht. Die Erwerbslosen werden als unnützer Fresser begeichnet und erklärt, daß die Mittel nicht ausreichen. Eine „Notgemeinschaft" soll ihnen das Gradgeleit geben. Von den Hamburgern lassen sich die deutschen Proletarier die unmöglichsten Rezepte verschreiben. Nach vier Jahren „großer Zeit", vier Jahre „Wiederaufbau", und grau und grausig steht das Gespenst der Hungersnot vor der Tür und hinter ihm die Demokraten mit geladenem Gewehr und geschliffenem Säbel.

Deutsche Proletarier! Wie lange wird es noch dauern, bis ihr euch eurer Aufgaben bewußt werdet. Bis